

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zl., in den Ausgabenstellern monatl. 5.— zl. Zu den Ausgabenstellern in der Provinz monatl. 5.— zl., bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zl. Postbezug (Posen u. Danzig) monatl. 5.40 zl. Unter Streifband in Posen u. Danzig monatl. 8.— zl. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zl., mit Illust. Beilage 0.40 zl. — Bei höherer Gewalt, Vertriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammabschrift: Tageblatt, Poznań. Postcheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Act., Druckaria i Wydawnictwo, Poznań). Postcheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achteckige Millimeterzeile 17 gr., im Textteil die vierseitige Millimeterzeile 75 gr., Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Blätterzeitung u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlicher Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenanträge: „Kosmos“ Sp. g. o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postcheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. g. o. o., Poznań).

70. Jahrgang

Donnerstag, 2. Juli 1931

Nr. 148



Urteil im Deutschtumsbundprozeß

Bon Vorbereitung zum Hochverrat, diplomatischen Verrat und Spionage freigesprochen — Der Idealismus der Deutschtumsführer — Amnestie wird nicht gewährt

Das Urteil

R. S. Das Appellationsgericht in Posen hat nach dreitägiger Verhandlung gestern den Spruch gefällt. Es muß gleich zu Beginn gesagt werden, daß dieser Spruch auf alle Anwesenden, besonders aber auf die ausländischen Pressevertreter einen ungewöhnlichen Eindruck gemacht hat. Ein englischer Journalist, der mit großer Spannung den Prozeß verfolgte und der mit besonderer Bewunderung von der Ausschließung der Offensichtlichkeit Kenntnis genommen hat, wollte nicht daran glauben, daß die Angeklagten Männer des Deutschtumsbundes mit Gefängnis haben bestraft werden können. Es ist eine englische Einstellung zu den Dingen.

Als Gegenstück fiel u. a. ein polnischer Kollege auf, der am Tisch saß und oftig Notizen machte. Es war ganz eigenartig — und auch dieser Einstellung gemäß — wie er nur dann notierte, wenn der Vorsitzende aus der Urteilsbegründung die Momente hervorholte, die als Belastung der Angeklagten galten. Sobald der Vorsitzende die entlastenden Dinge sagte, als er davon sprach, daß weder Hochverrat, noch diplomatischer Verrat, noch Spionage in Frage käme, da ruhte die polnische Journalistenfeder. Denn die polnische Bevölkerung darf nicht erfahren, daß diese Männer des Deutschtumsbundes keine Hochverräte und keine Spione sind. Man hat sie durch 8 Jahre hindurch als die schwarzen Männer gekennzeichnet, und so soll's bleiben. Lesen wir die polnischen Blätter — es ist erstaunlich, zu erfahren, was in einem solchen Falle journalistische Ehre und Berufsauffassung ist.

Der Richter des Appellationsgerichtes machte einen sachlichen Eindruck. Auch bei der Urteilsverkündung und seiner Begründung hatten wir das Gefühl, daß in seinem Herzen irgendwie doch der Glaube wohnt, daß die Männer auf der Anklagebank keineswegs das sind, wozu sie der Herr Staatsanwalt gemacht wissen wollte. Und wenn er auch in der Begründung das Urteil der ersten Instanz aufrecht erhalten hat, so formuliert er in der Begründung mit sehr vielen juristischen Formeln die Schuld, die eine so schwere Strafe fordert. Es wird über die Frage der Option, der annullierten Ansiedler und der Schulangelegenheiten noch vielerlei zu sagen sein. Eines ist gewiß — und um die Worte des Richters zu brauchen — es ist gerade das charakteristische, daß in Deutschland der Polenbund Schulstatistik, Schulüberwachung, Beratung der Siedlerrechte ungünstig und mit aller Freiheit vornehm kann. Obwohl in Preußen auch der § 129 des Strafgesetzbuches gilt. Der Polenbund hat mit Recht die Aufgabe, seine Volksgenossen zu beraten in den Schulfragen und in allen Dingen, die das Lebensrecht der Polen in Deutschland sichern. Über das gleiche Recht, das uns die Verfassung und die Verträge zuwilligen, haben wir für uns auch nur in Anspruch genommen.

Heute mittag um zwei Uhr verkündete der Vorsitzende des Posener Appellationsgerichtes als Verurteilungsinstanz das Urteil gegen die Angeklagten Abgeordneten Graebe, Heidels und neuen Geschäftsführer des Deutschtumsbundes. Das Urteil verwirft die Verurteilung und hält das Urteil der 1. Instanz aufrecht, wonach Abgeordneter Graebe zu 6 Monaten Gefängnis, Studentenrat Heidels zu 6 Monaten Gefängnis und die übrigen Angeklagten wie folgt verurteilt werden: Schmidt 6 Monate Gefängnis, Krause, Dr. Scholz, Dobbermann je 6 Monate Gefängnis, v. Wiegelsberg, Jenner und Arendt je 3 Monate Gefängnis, Dr. Winkelhausen 2 Monate Gefängnis und Fräulein Seiler 1 Monat Gefängnis. Den Angeklagten v. Wiegelsberg, Jenner, Arendt, Dr. Winkelhausen und Fräulein Seiler wird eine Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt. Die Angeklagten werden nach § 129 des Strafgesetzbuches verurteilt, der Annahme von Amtsbezeugnissen und die Verhinderung von Gelehrten mit ungeeigneten Mitteln bestraft.

Bon der Anklage der Spionage, des Hochverrates und der Vorbereitung zum Hochverrat werden die Angeklagten sämtlich freigesprochen. Ferner werden die Angeklagten Heidels und Schmidt, die in der ersten Instanz zu je 6 Monaten Festung wegen diplomatischen Verrats verurteilt worden sind, von der Berufungsinstanz freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führt der Vorsitzende aus, daß die Befreiung der Angeklagten in der Frage der annullierten Ansiedler, die sie beraten hätten, keine Entlastung gewesen wäre. Denn die Ansiedler seien auf Grund eines polnischen Gesetzes enteignet worden, und sie hätten nicht das Recht, ihr Inventar zu verkaufen oder zu verringern, was ihnen aber gestanden worden sei. (Hier erfolgt eine Verweisung von Liquidation nach dem Versailler Vertrag und Annulation auf Grund des polnischen Gesetzes, das dann vom Haager Gericht als ungültig erklärt worden ist. Die Redaktion.) Der Richter führt aus: Das Haager Gericht habe zwar das Gesetz als unrechtmäßig erklärt, aber das sei für die Beurteilung der Straftaten unwesentlich, denn das Haager Urteil sei nur in Form eines Gutachtens zu verstehen, und es sei Sache Polens, damit auf internationalem Boden außenpolitisch fertig zu werden. In Polen selber verpflichten die polnischen Gesetze.

In der Frage der Option sei entscheidend, daß in der Zeit, da Polen jeden Bürger zum Heeresdienst brauchte, die Deutschen erklären sollten, sie würden optieren, um so vom Heeresdienst befreit zu sein, während aber dann gesagt wurde, sie sollten nicht optieren. Das sei geschehen, um die höchste Pflicht dem Staat gegenüber zu verlegen.

Niemand hat den Rat erteilt, Staatsgesetze zu umgehen. Immer ward der Rat gegeben, die Staatsgesetze zu erfüllen, wie sie gedacht waren — mit allen Pflichten, gewiß — aber auch mit allen Rechten. Und Gesetze geben bekanntlich neben den Pflichten auch Rechte. Zwar hat die polnische Presse die Entdeckung gemacht, daß die Rechte immer nur für sie sind, und nur die Pflichten für die Deutschen. Wer das Recht achtet, wird wissen, daß Pflichterfüllung keine Sklaverei ist, sondern daß sie die Wohlthaten bedingt, die das Gesetz für die Staatsbürger vorsieht. Aus allen Verträgen und Gesetzen internationaler Art geht das klar hervor. Die

richt. Posen, 30. Juni
Tatsächlich ist aber den Heerespflichtigen j. Zt. vom D.-B. nur geraten worden, von dem ihnen für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren gesetzlich zu stehenden Recht Gebrauch zu machen und sich die endgültige Stellungnahme in der Optionsfrage vorzubehalten. Die Ned.)

In der Schulfrage sei zu sagen, daß es freilich unverständlich sei, ob ein Kind in einer anderen Stadt in Pension gegeben wäre. Aber die vielseitige Umwidlung der Kinder, um die Schließung von Schulen zu umgehen, die nach dem Gesetz geschlossen werden sollten (Sofern sie die Zahl von 40 nicht erreichten) sei charakteristisch für den Willen, Bestimmungen zu umgehen. Darum seien alle Angeklagten schuldig zu sprechen, und das Gericht habe das Strafmaß der ersten Instanz als richtig anerkannt. Der Deutschtumsbund sei wie ein Mann, in allen diesen Fragen ausgetreten, und es sei gleichgültig, ob es sich um Angestellte oder Führer gehandelt hätte, sie alle waren von dem gleichen sozialen Willen beeckt. Im Strafmaß und seiner Abstufung sei die Schuldabstufung zu erkennen, darum habe man die Führer härter und die Geschäftsführer entsprechend geahndet.

Bon der Anklage aus den §§ 92 des Strafgesetzbuches und des § 3 Abs. 2 des Spionagegesetzes seien die Angeklagten freigesprochen.

Was die diplomatische Spionage anlangt, so sei das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß diese nicht vorgelegen habe. Der Deutschtumsbund habe sich damit beschäftigt, für die ihm angehörenden Mitglieder in den Fragen der Wohlfahrt usw. die Mittel zu schaffen, die ihnen die Lebensmöglichkeit gewähre, und wenn zu dem Zweck Verhandlungen mit einer auswärtigen Regierung stattgefunden haben, so sei das zu diesem Zweck geschehen. Was aus den Dokumenten hervorgehe, das sei nicht strafbar, das sei die Pflicht dieser Organisation gewesen, darum werde auch das Urteil der ersten Instanz verworfen.

Die Bestrafung aus § 86, Vorbereitung zum Hochverrat, in der Frage der Kämpfer-Gedächtnismedaillen lässe gleichfalls nicht in Frage, denn die Verteilung von Gedächtnismünzen sei noch keine Vorbereitung zur Verbreitung von polnischen Landesteilen. Man kann vielleicht der Meinung sein, daß es nicht ganz loyal war, wenn das Tragen von Orden hängt von der Genehmigung des Staates ab, und es wäre vielleicht gut gewesen, wenn der Abgeordnete Graebe um diese Bewilligung eingekommen wäre. Aber strafbar sei das nicht.

(Hierzu ist zu bemerken, daß die Gedächtnismünze kein Orden war, sondern eine private Erinnerungsmedaille, die sich jeder Kriegsteilnehmer kaufen konnte. Die Redaktion.) Was den § 3 Abs. 2 des Spionagegesetzes anlangt, so könne das Gericht auch hier das Ver-

Heute:

Urteil im Deutschtumsbundprozeß. — Der Pariser Senat zum Hooverplan. — In der Sackgasse — Schreckliches Unglück in Schauen. — Gärungen unter den Beamten. — Ein neuer Plan Hoovers. — Die Konzentrationsbewegung im polnischen Versicherungswesen. — Ungarischer Wirtschaftsbrief.

Beilage

„Unsere Heimat“:

Obornik. — Ein falscher Prophet im Posener Lande.

brennen aus dem Anklagematerial nicht erscheinen, denn nicht ein einziges Dokument, nicht ein einziger Beweis sei vorgelegt worden. Die Abteilung Auslands beim D.-B. war eine Einrichtung, die den Nachsuchenden Auskünfte über verschiedene Arbeiten des Bundes geben sollte, die Stelle sei bei jedem Verband üblich. Auch in der Frage der angeblichen Materialsammlung für das Auslandsinstitut in Stuttgart könne das Gericht keinen Beweis dafür finden, daß diese Materialsammlung geschehen sei, obendrein sei es aber überzeugt, daß es sich um wissenschaftlich zu verarbeitendes Material gehandelt habe.

Das Gericht geht von der Überzeugung aus, daß keiner der Angeklagten aus niederen Motiven gehandelt habe, sondern, daß alle Arbeit aus einem hohen Idealismus gekommen sei. Es sei den Angeklagten nicht überzunehmen, daß sie ihr eigenes Volkstum mehr liebten als ein anderes Volkstum, und dieser Idealismus der Angeklagten sei als mildernder Umstand bewertet worden.

Die Frage der Verjährung lässe nicht in Betracht, da in der notwendigen Zeit von 5 Jahren richterliche Vernehmungen stattgefunden hätten.

Die Amnestie vom Jahre 1928 könne für die Angeklagten nicht in Frage kommen, da das Vergehen doch so groß sei, daß es nicht unter Amnestie fallen dürfe, da besonders in der Frage der Option eine schwere Verfehlung erbliebe werde.

Das Gericht mache dann auf die Revisionsmöglichkeit aufmerksam, die innerhalb von drei Tagen erklärt werden müsse.

Rechtsanwalt Grzegorzewski meldet sofort die Revision und Cassationsklage beim Höchsten Gericht in Warschau an, was vom Vorsitzenden zu Protokoll genommen wird.

Das Echo

Pr. Berlin, 1. Juli.

Das Urteil im Deutschtumsbundprozeß findet große Beachtung in der deutschen Presse. Der größte Teil der Blätter äußert sich in recht scharfen Worten gegen das Urteil. Die D.A.Z. stellt fest, daß das Urteil auf die zahlreichen reichsdeutschen und englischen Pressevertreter einen nicht mißzuverstehenden Eindruck hinterlassen habe. Von der Berliner Presse verbreitet als einzige die „Wossijsche Zeitung“ die Meldung vom Urteil ohne Kommentar.

auch nur den Verdacht der Spionage und des Hochverrates aufkommen ließe. Was wir gewußt haben von Anfang an, was wir immer wieder gesagt haben vom ersten Tage ab, daß der Deutschtumsbund geschlossen worden ist, daß diese Vereinigung keine Spionagezentrale war und daß sie den Hochverrat bekämpft hat, das hat uns das Gericht bestcheinigt, das hat es vor dem ganzen polnischen Volke festgestellt. Niemand kann mit einem Verdacht belastet werden. Niemand hat etwas getan, was in einem Staat gerichtet war und was ein strafwürdiges Verbrechen ist. Dieser Verdacht — man hat dazu eine jahre-

Schreckliches Unglück in Schaulen

50 Tote

lange Voruntersuchung und mehrere Tage Gerichtsverhandlung gebraucht — er ist vollkommen zusammengebrochen, er hat gezeigt, daß das Deutschtum in Polen dasteht mit reinen Händen und einem guten Gewissen. Alle Verleumdungen, alle Bemerkungen aus dem Hinterhalt, die uns im Laufe der Jahre aus der polnischen Presse entgegneten, sie sind vor der ganzen Welt zusammengebrochen. Alle Verdächtigungen sind unwahr. Alles, was man uns nachgesagt hat, vergeht wie ein dunstiger Nebel vor dem Lichte der alles erquickenden Sonne.

Daz uns das Gericht den Idealismus bescheinigt hat, uns das Recht zugesetzt, unser Volkstum mehr zu lieben als ein anderes, das haben wir dankend entgegengenommen. Ob ein einziges polnisches Blatt diese Einstellung in der Öffentlichkeit bekannt geben wird, das ist zweifelhaft. Wir haben aus Idealismus gehandelt, wenn man die Pflicht erfüllung dem deutschen Volkstum gegenüber Idealismus nennen will. Daz wir unser Volkstum über alles lieben ist wahr, aber unsere Liebe macht uns nicht blind vor den Vorzügen unserer Nachbarn. Wir haben einen noch weiter gespannten Idealismus, der uns zu Taten führt — es ist der Glaube an den Sieg des Rechts. Es ist der Glaube an die Kraft, die einigen, hindert ist. Wir wandern auf beschwerlichen Pfaden der Verständigung zu und gehen dem finsternen Abgrund, der die Trennung enthält, aus dem Wege. Somit geht unser Idealismus, trocken alledem.

Daz dieses Urteil nicht ganz unser inneres Wesen trifft, das wird uns am Vorwärtsgehen nicht hindern. Daz die Männer, die aus Idealismus gehandelt haben — wie das Gericht bescheinigt — ins Gefängnis wandern sollen, das wird die Gerechtigkeit nicht haben wollen. Der Weg zur Gerechtigkeit ist beschwerlich und weit — aber er ist nicht unerreichbar.

Gerüchte über die Paderewski-Feier in Posen

Warschau, 1. Juli. (Eig. Tel.) In den letzten Tagen sind in der Regierung zahlreiche Gerüchte darüber ausgetauscht, daß bei den Paderewski-Feierlichkeiten in Posen am 4. d. Mts. die Nationaldemokraten eine separatistische Aktion für Westpolen vorbereiten. Das offizielle Regierungsorgan „Gazeta Polska“ veröffnete gestern erst einen Artikel aus dem Thorner „Die Paderewski“, in dem Einzelheiten über die angeblichen Pläne der Polen Nationaldemokraten mitgeteilt wurden. Danach sollen die Nationaldemokraten eine bewaffnete Aktion mit den Sołos und anderen Verbänden vorbereiten, die am 4. d. Mts. in Polen zu den Feierlichkeiten zusammengezlossen werden. Es soll sich angeblich bereits wieder ein Unabhängigkeitskomitee für Westpolen unter Leitung des Generals Dowbor-Muśnicki gebildet haben. Als Antwort auf diese Gerüchte hat man von Seiten des Regierungslagers mehrere tausend Mitglieder des Schützenverbandes im Posenschen konzentriert.

Zu den Gerüchten nahm gestern der Hauptvorstand der Nationalen Partei, d. h. der Nationaldemokraten, in einer Sitzung in Warschau Stellung. Der Hauptvorstand veröffentlichte nach der Sitzung ein Communiqué, in dem er bestont, daß die Nationaldemokraten weiterhin in schärfster Opposition zu der Regierung stehen und mit allen erlaubten Mitteln das Maßnahmen belämpfen werden. Es sei jedoch nicht beachtigt, in einem Kampf so scharfe Mittel anzuwenden, wie sie ein bewaffnetes Auftreten mit sich bringen müßte, und man solle das vor allen Dingen nicht im Zusammenhang mit solchen Feiern tun, wie der Entstehung des Wilson-Denkmales.

Oberst Kostel-Biernacki zum Wojetowden von Nowogródei ernannt

Warschau, 1. Juli. (Eig. Tel.) Die schon seit einigen Tagen verbreiteten, aber unwahrscheinlich erscheinenden Gerüchte über eine Beförderung des als Kommandanten des Breslauer Militärgejüngsries bekannten Obersten Kostel-Biernacki zum Wojetowden von Nowogródei werden nunmehr amtlich bestätigt. Oberst Kostel-Biernacki ist endgültig zum Wojetowden von Nowogródei ernannt worden und wird sein neues Amt bereits im Laufe dieser Woche antreten.

Wieder ein Protest gegen die Plocker Sejmwahlen

Warschau, 1. Juli. (Eig. Tel.) Nach der offiziellen Veröffentlichung des Wahlergebnisses der Nachtragswahlen im Plocker Bezirk haben die Bevollmächtigten der Liste Nr. 7 (Zentrolew) den Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission einen Protest gegen die Gültigkeit der Wahl eingerichtet. Auch die Nationaldemokraten beanspruchten einen neuen Protest einzurichten, in dem die Rechtmäßigkeit der Zählung der Stimmen angewiesen wird.

Aus Kowno wird gemeldet, daß es anlässlich des eucharistischen Kongresses, der in Schaußen in Litauen stattfand, zu einer grauenhaften Katastrophe kam. Zu dem Kongress hatten sich etwa hunderttausend Menschen eingefunden. In dem Augenblick, als die Menschenmassen vor die Kirche zogen und sich dort versammelten, erscholl der Ruf: „Man hat eine Bombe geworfen.“

Die Massen ergriffen eine ungeheure Panik. Die Menschenmenge in der Kirche versuchte

die Kirchentür zu erreichen, dabei wurden sehr viele Menschen getötet, getreten und schwer in dem Gedränge verletzt. Es sind 50 Todesfälle angegeben worden.

Die Polizeibehörden haben sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Dabei wurde festgestellt, daß im Glotenturm eine Explosion durch einen Sprengkörper hervorgerufen worden ist. Man nimmt an, daß es sich um ein Attentat eines Kongressgegners handelt. Andere Kreise wieder sagen, daß hier Umstürzer am Werke gewesen seien.

beantragen, falls bis zum 15. Juli keine Einigung zwischen Amerika und Frankreich erzielt ist. Im Anschluß daran ist ein großer amerikanischer Kredit für Deutschland vorgesehen. Die Wirkung dieser Maßnahmen würde insbesondere in politischer Hinsicht, in keiner Weise ungünstiger sein als des ursprünglich geplanten Hoover-Moratoriums. Indessen es ist wohl anzunehmen, daß Frankreich sich allmählich über die Gefahr seiner Hartnäckigkeit klar wird und daß im Laufe dieser zwei noch verbleibenden Wochen es zu einer allgemeinen Einigung über das Schuldensteuerjahr kommt.

Paris, 1. Juli. (R.) die französisch-amerikanischen Beziehungen sollten heute vormittag wieder aufgenommen werden. Nach dem „Echo de Paris“ sind sie jedoch auf nachmittag 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzminister Mellon um diese Frist gebeten habe, damit er noch einmal mit Washington nach der gestrigen Senatsdebatte sich ins Bernchen setzen kann.

Die Nachtdebatte der französischen Kammer

Paris, 1. Juli. (R.) Im Verlauf der heutigen Nachtstunde in der Kammer kritisierte der Abgeordnete de Monzie die Außenpolitik der Regierung und forderte, daß Frankreich in Osteuropa eine Niederlage erlitten habe, eine energischere russisch-französische Handelspolitik. In seiner Erwideration erklärte der Finanzminister, daß er nach seiner Rückkehr von einer Studienreise in Mitteleuropa für eine aktiver Politik eingetreten sei, und in der Tat sei die Politik jetzt besser und aktiver. Die gegenwärtige Regierung habe kurzlich die Verhandlungen mit dem Sowjet aufgenommen. — Wie werden versuchen, sagte der Minister, die französische Handelsexpansion im Ausland auszubauen, ohne französische Gelder unzureichend festzulegen. Wir prüfen eine neuartige Form der Handelsbeziehungen mit Russland. Der französische Kredit darf nur dort eingesetzt werden, wo sich genügende Sicherheit findet. Wir bemühen uns, diejenige zu unterstützen, bei denen es sich lohnt. Es ist durchaus falsch, wie man es oft behauptet, daß die französischen Gelder im Dienste einer imperialistischen Politik stehen.

„Petit Parisien“ und die Stellungnahme Amerikas

Paris, 1. Juli. (R.) Der Washingtoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ beschäftigt sich mit der Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu den französischen Forderungen und erklärt, daß die amerikanische Regierung über alle Fragen ins Reine gekommen sei, außer über die der Rückzahlungen. Hier liege noch die einzige Möglichkeit für einen Kompromiß, sei aber ziemlich groß, so daß man immer noch auf eine freundliche Lösung der Krise hoffen könne. Rücksichtslos weniger verhehle man nicht den Ernst der Lage. Falls Frankreich keine neuen Kosten machen könnte, würde der ganze Hoover-Plan zusammenbrechen, denn die geplante Aktion sei ohne Frankreichs Hilfe wohl schwer durchzuführen. Allerdings würde es ohne sie nicht unmöglich sein, einen anderen Plan ins Auge zu fassen, an einen man, wie der Berichterstatter aus gut unterrichteter Quelle zu erfahren weiß, in Washington bereits für den Fall denkt, daß die gegenwärtigen Verhandlungen scheitern sollten.

England und die französisch-amerikanischen Verhandlungen

London, 1. Juli. (R.) Die Sorge, mit der die politischen und wirtschaftlichen Kreise Englands der heute in Paris erwarteten Entscheidung entgegensehen, kommt in der Morgenpresse zum Ausdruck. „Daily Herald“ rechnet mit einem Fehlschlag der französisch-amerikanischen Verhandlungen, glaubt aber, daß der Hoover-Plan trotzdem nicht preisgegeben werden wird. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt, Präsident Hoover habe Großbritannien, Italien und anderen Staaten den Vorschlag gemacht, daß sie, falls Frankreich die Mitarbeit verweigere, den Plan in Wirtschaftlichkeit seien. Wahrscheinlich würden in diesem Falle die Vereinigten Staaten bereit sein, Deutschland eine Anleihe für die Bezahlung der von Frankreich geforderten Annuitäten gewähren. Frankreich müßte natürlich unter diesen Umständen seine Kriegsschulden an Amerika weiterzahlen, und es sei möglich, daß diese französischen Gelder von der amerikanischen Regierung für die Deutschland zu gewährende Anleihe benötigt würden.

Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, sollte es Frankreich unterlassen, Amerika auf seinem Wege entgegenzukommen, so dürfte Präsident Hoover eine äußerste Anstrengung unternehmen, um den Plan zur Rettung Deutschlands und Mitteleuropas vom finanziellen und wirtschaftlichen Chaos ohne französische Mitarbeit durchzuführen. Zu diesem Zwecke werde Washington vielleicht um die Mitarbeit von London, Rom und anderen Hauptstädten ersuchen. Der Präsident könnte sogar seinen Aufruf mit dem Argument begründen, daß Staaten, die ihn nicht entsprechen, in Zukunft das Wohlwollen und die Mitarbeit Amerikas verlieren und überdies eine schwere Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands und Mitteleuropas auf sich laden würden.

Englische Beurteilung eines italienischen Vorschlags

London, 1. Juli. (R.) Der „Times“-Korrespondent in Rom meldet: Von maßgebender Seite verlautet, daß das in dem gestrigen amtlichen Communiqué enthaltene Angebot Italiens zu verstehen ist, daß es durch das Inkrafttreten des Hoover-Planes bedingt wird. Tritt der Plan nicht in Kraft, so ist der Status quo automatisch wieder hergestellt und Italien wird von seinen Schuldnern die ihm zustehenden Summen beanspruchen. Ferner will der Korrespondent erfahren haben, wenn der

Der Pariser Senat zum Hooverplan

Amerika und Frankreich

(Telegramm unserer Berliner Redaktion)

Pr. Berlin, 1. Juli.

Im Pariser Senat stand gestern die Debatte zum Hoover-Plan statt. Der Finanzminister Flaudin und Ministerpräsident Laval verhielten sich in ihren Reden äußerst zurückhaltend.

Laval nannte die augubliche Lage die schwierigste seit dem Kriege. Es sprachen außer den Interpellanten noch Miller und Jonvenel.

Bezeichnend war die Stellungnahme Lavauls, daß es gut wäre, wenn zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung „völligste und freimütige Unterredungen“ angeknüpft würden. Diese Unterhaltungen würden dem nächsten stattfinden, und er, Laval, habe das Vertrauen, daß sie zu einem Erfolg führen werden. Der Senat sprach darauf der Regierung mit 197 gegen 5 Stimmen bei etwa 100 Stimmabstimmungen das Vertrauen aus.

In Telegrammen der Washingtoner Korrespondenten der Berliner Blätter werden die Meldungen als haltlos bezeichnet, daß man in Washington eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man stehe in Washington

auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung einsetzt und diese auch durchführen werde. Es sei ebenfalls sicher, daß Hoover nicht nachgeben und Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt werden in amtlichen und parlamentarischen Kreisen erwogen, wie man Deutschland auch ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne. Es wird in Washington für möglich gehalten, daß Hoover zur äußerlichen Unterstreichung seiner Unzufriedenheit Stimmen anwiesen könne, auf seiner Europareise Paris nicht zu besuchen.

Unter diesen Umständen dürfte die Auseinandersetzung Lavauls auf eine baldige deutsch-französische Zusammenkunft von der deutschen Regierung nicht so schnell rückt werden. Man hat sich in Deutschland immer auf den Standpunkt gestellt, daß es tollkühn wäre, sich in die französisch-amerikanischen Verhandlungen einzumengen. Um so mehr wird man Vorsicht walten lassen, als die französisch-amerikanischen Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind, aus der jedoch Amerika wohl selbst un schwer den Ausweg finden dürfte.

Ein neuer Plan Hoovers?

London, 1. Juli. (R.) Der „Times“-Korrespondent in Washington meldet: Als bester Quelle höre ich, daß folgender Kurs für den Fall eines Zusammenbruches der Pariser Verhandlungen ernstlich erwogen wird: Es wird geplant, den ursprünglichen Hoover-Plan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jeden der einzelnen Schuldenländer gegenüber besonders zu wiederholen; mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land vor der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die von Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichten würde. Dieser Plan befindet sich vorläufig noch im Rohentwurf, und es liegt auf der Hand, daß er sehr ernstliche finanzielle Komplikationen

einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, ihn zu akzeptieren, ohne dadurch gleichzeitig anderen Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen, wie es der ursprüngliche Plan Hoovers tat. Ferner würde der neue Plan die Rückzahlungen eines Fehlschlages der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf den deutschen Kredit zumindestens abschwächen. In diesem Maße würde er die Zustimmung der hiesigen Finanzkreise, die umfangreiche Beziehungen zu Deutschland haben, und den der Inhaber deutscher Wertpapiere finden. Wenn auch dieser Plan der wichtigste der Alternativpläne ist, die jetzt erwogen werden, ist eine endgültige Entscheidung darüber noch nicht erfolgt.

In der Sackgasse

Frankreich bleibt hartnäckig

Pr. Berlin, 30. Juni.

Die Pariser Presse gibt zu, daß die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hoover-Plan in eine Sackgasse geraten sind. In Paris wird offiziell erklärt, daß die französische Regierung die „Grenze ihres Entgegenkommens erreicht hat“. Die amerikanische Regierung läßt nach einer nächtlichen Konferenz Hoovers mit dem Unterstaatssekretär Castle, dem „kommenden Mann“ Morrow und dem ehemaligen amerikanischen Botschafter Houghton, der bekanntlich als einer der ersten Zugunsten Deutschlands in die öffentliche Debatte eintrat, in einer Erklärung keinen Zweifel darüber, daß die französischen Wünsche scharf abgelehnt werden sind. Die Mitwirkung Houghtons und Morrows wird in informierten Kreisen dahin gedeutet, daß der Präsident die Maßnahmen erneut hat, die zu treffen wären, wenn Frankreich hartnäckig bleibt.

Der strittigste Punkt in den französisch-amerikanischen Verhandlungen war weniger der Termin der Rückzahlung der ungeschuldeten Annuität, auch nicht die Forderung Frankreichs, daß ein Teil der in Form von Krediten der B.I.B. zurückliegenden Reparationsgelder den französischen Verbündeten zugute kommt. Hier wäre ein Entgegenkommen Frankreichs möglich gewesen. Frankreich wünsche aber die Befreiung von der im Youngplan vorgesehenen Bedingung, daß im Falle eines von Deutschland beantragten Transformatoriums die französische Regierung in Basel 500 Millionen in Denaren zu hinterlegen hat. Die amerikanischen Unterhändler wiesen mit Recht darauf hin, daß dies eine Revision des Youngplanes zugunsten Frankreichs bedeuten würde. Zu diesen Verhandlungen wollte Frankreich augenscheinlich auch Deutschland zugezogen sehen. Man hat sich aber deutscherseits auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht Deutschlands Sache sei, den Plan der amerikanischen Regierung zu verteidigen. Um so mehr als ein Eingehen Deutschlands ohne Aufforderung Amerikas von diesem als Taktlosigkeit gedeutet werden könnte. Man wollte in keiner Weise die Möglichkeit zulassen, daß Frankreich Deutschland gegen Amerika ausspielt.

Es würde jedoch selbstverständlich in keiner Weise bedeuten, daß Hoover seine ursprüngliche Idee aufgibt, wenn Amerika bei fortbestehendem französischen Widerstand einen neuen Weg der Hilfestellung für Deutschland findet. Über diesen Weg wird augenscheinlich in Washington schon beraten, während andererseits die amerikanischen Unterhändler in Paris den Franzosen sicherlich klarzumachen versuchen, daß sie in eine gejährliche Isolierung hineintrieben. Der amerikanische Botschafter Sackett hat heute Curtius einen Besuch abgestattet. Danach hielt es, Deutschland würde vor die Notwendigkeit gestellt werden, das im Youngplan vorgelegene Transformatorium zu

Ab heute Stillstand im Autobusverkehr

Posen, 1. Juli. Wer heute einen Gang durch die Straßen unserer Stadt macht, wird überrascht sein von der Ruhe, die in ihnen herrscht. Unbeachtet kann man sie überschreiten, da mit dem heutigen Tage weder Autobusse noch Autotaxis verkehren. So angenehm die Sicherheit in dem Straßenverkehr begrüßt werden wird, so peinlich wird diese Einschränkung von allen denen empfunden werden, die auf die gelegentliche Benutzung einer Autotaxis angewiesen sind. Wie gut, daß sich Posen, im Gegensatz zu anderen Städten, seine guten alten Pferdedroschken erhalten hat. Das geht zwar langsamer, aber doch weit sicherer. Viel peinlicher wird die Einstellung des Autobusverkehrs besonders vor den Landleuten und den Bewohnern der kleineren Städte empfunden werden. Ist es doch einstreblich so, daß man mit dem Autobus billiger und schneller zu seinem Ziel gelangt, als mit der Eisenbahn, sofern eine Eisenbahnverbindung überhaupt vorhanden ist. Der Autobus hat sich zu einer unerreichbaren Einrichtung im Verkehr von Stadt zu Stadt entwickelt. Der Stillstand des Autobusverkehrs wird als eine Einengung der Bewegungsfreiheit empfunden werden.

Achtung vor Taschendieben!

Die hiesige Kriminalpolizei weist darauf hin, daß anlässlich der Enthüllung des Wilson-Denkmales am 4. d. Mts. damit zu rechnen ist, daß wieder eine große Zahl von Taschendieben unsere Stadt unsicher zu machen droht. Das Publikum wird gebeten, in den nächsten Tagen besonders aufmerksam zu sein. Vor allem sind die Bahnhöfe, die Straßenbahnen, dann aber auch alle Orte, wo sich viel Menschen befinden, beliebte Stätten, wo die Taschendiebe ihr unsauberes Ge-
werbe treiben.

Aleine Posener Chronik

Selbstmordversuch. Stanislaus Pośpiejczyk, ul. Trauguta 6, warf sich in selbstmörderischer Absicht unter die Straßenbahn der Linie 3. Dank der Aufmerksamkeit des Wagenführers konnte der Wagen rechtzeitig gehalten werden. P. kam mit einigen Stirn- und Beinverletzungen davon.

em. Taschendiebe bei der Arbeit. Herr Johann Weiß, ul. Fabryczna 13 (Fabrikstr.), wurden 400 Zloty aus der Tasche gestohlen. — Während des Marktes wurde Frau Bronisława Sula (Waly Zygmunta 10a) eine Handtasche mit 500 Zloty gestohlen. — Herr Ludwig Gust, ul. Działkowa 8 (Kanonenplatz), wurde aus der Tasche eine Brieftasche mit einem Führerschein, Ausweispapieren, Wechseln über 500 Zloty und 100 Zloty in Bargeld gestohlen.

em. Festnahme eines Einbrechers. In die Wohnung des Michael Dolata, ul. Wodna 11 (Wasserstraße), versuchten 3 Diebe einzubrechen. Sie wurden aber bei der Arbeit gestört, so daß sie flüchteten. Der einen Spitzbuben verlor die Inhaberin der Wohnung, Frau Dolata, die Flucht abzuschneiden. Der Bandit zog ein Messer und stach Frau D. in den Kopf. Er wurde festgenommen. Es handelt sich um den Arbeiter Ludwig Stelmach aus der ul. Obornica 19 (Obornicka-Frauke).

em. Überfahren. Gestern in den Mittagsstunden wurde der dreijährige Eugen Breit von der Straßenbahn der Linie 7 in der ul. Dobrowieckiego (Gr. Berlinerstr.) überfahren. Der Kleine wurde im bedauernswerten Zustande unterm Wagen hervorgezogen. Glücklicherweise hat sich der Kleine keine Glieder gebrochen. — Die 22jährige Helene Majewski wurde in der ul. Piękary von einem Auto auf dem Bürgersteige überfahren. Die Bedauernswerte erlitt schwere Verletzungen. Die erste Hilfe wurde ihr durch die Ärztlische Bereitschaft zuteil.

em. Vermisst. Der 14jährige Witold Zborowski, Gorica Wilda 90 (Kronprinzenstr.) entfernte sich am 27. Juni aus dem elterlichen Hause, ohne bisher zurückgekehrt zu sein.

em. Selbstmord durch Erhängen. Heute frühmorgens fanden Passanten eine Mannesperson am Baum hängend in der Nähe des evgl. Friedhofes, Waly Warnecka, vor. Die sofort benachrichtigte Polizei und die ärztliche Bereitschaft trafen umgehend ein. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Wie aus den vorgefundenen Papieren hervorgeht, handelt es sich um den 16jährigen Studenten Heinrich Baczkowski, welcher im Ledigenheim Rybaki 18a (Fischerei) wohnte. Die Leiche wurde in das Gerichtsprojektorium gebracht.

Geschäftliche Mitteilungen

Der Schimmel ist der Feind Ihres Eingehämmerten, deshalb verzögern Sie nicht, zur Haltmachung von Obst, Marmelade, Gelee, Fruchtwänden. Die gebräuchlichsten Einmach-Rezepte sind in allen Geschäften, die Dr. Detters Fabrik vergriffen, schreien Sie eine Postkarte an die Orla, die Ihnen dann die Einmach-Rezepte geben.

Iwarz sind wir Kulturmenschen, leben in einem Zeitalter, wo Hygiene eine bevorzugte Stellung einnimmt, treffen aber immer wieder Leute, die uns „versehentlich“ anbusten. Selbstverständlich besitzen wir nach einigen Tagen auch den Husten oder gar die Grippe, wenn ja wenn wir nicht von Zeit zu Zeit Panflavin-Pastillen genommen hätten. Diese angenehme schmeckenden Pastillen desinfizieren Mund sowie Hals und beugen dadurch den auch in der heißen Jahreszeit sich einstellenden Erkältungsankünften. Mandel- und Halsentzündung, Grippe, vor. Die von bedeutenden Ärzten empfohlenen Panflavin-Pastillen sind in allen Apotheken erhältlich.

Bierzigjahrseier

der Oborniker Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufs-Genossenschaft in Rogasen

pr. Rogasen, 30. Juni. Der Beginn des Festes anlässlich des 40jährigen Bestehens der Ein- und Verkaufs-Genossenschaft war auf 4 Uhr im Zentralhotel gefeiert. Zu dieser Zeit hatte sich schon eine große Zahl von Festteilnehmern eingefunden, die unter den schattenspendenden Bäumen Platz nahmen, wo Tische und Bänke aufgestellt waren. Dienstbare Geister verordneten die Festteilnehmer unermüdlich mit dem von der Genossenschaft gespendeten Bier, Limonade und Selterswasser. Draußen röste Wagen auf Wagen heran mit den Genossen und deren Angehörigen. Es war von Anfang an das Bild eines schönen Festes und die Stimmung eine rechte Feststimmung, wozu auch das selten schöne Wetter beitrug, sowie die gute Musik, die von einer Militärkapelle ausgeführt wurde. Gegen 5 Uhr begrüßte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Rittergutsbesitzer Dietrich Chrystow, die Mitglieder und Gäste und insbesondere den Bürgermeister der Stadt Rogasen, Smulski, gleichzeitig als Vertreter des Herrn Starosten, des Wölk des Distrikts Rogasen, die Vertreter des Genossenschaftsverbandes, der Landw. Zentralgenossenschaft und der Westpoln. Landw. Gesellschaft, sowie Herrn Generallandwirtschaftsdirektor von Klitzing an die Festversammlung.

Genossen müssen sich enger zusammenschließen und sich ergänzen! Die schweren Jahre hielten an, weitere Abgänge folgten, es kam die Inflation, in der einem das Geld unter den Händen zerrann. Dann kam die Stabilisierung und in der Goldbilanz, die am 28. 5. 1925 vorlag, konnte man erst sehen, was man behalten hatte. Ein Entwicklungsjaahr folgte, doch schon wieder drohte ein Schlag: Eine Anzahl von Genossen erzwang eine besondere Generalversammlung, die am 12. 6. 1926 stattfand und in der schwere Angriffe gegen die Organe gerichtet wurden, besonders in bezug auf die Zinsenansprüche. Doch die Vernunft siegte und alle Anträge wurde abgelehnt. Vier Punkte sind sozusagen die vier letzten Dinge für eine Genossenschaft: 1. absolute Offenheit und Klarheit, 2. Anerkennung jeden berechtigten Credits, 3. Die Gleichheit aller in der Genossenschaft, ohne Rücksicht auf Beruf, Stand und Besitzgröße, 4. die Zusammensetzung der Organe, deren Wahl von seiten der Genossen erfolgen müsse ohne Vorschläge des Vorsitzenden und Aufsichtsrates.

Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall geschlossen hatte, wandte sich Herr Generallandwirtschaftsdirektor von Klitzing an die Festversammlung. Diese Genossenschaft liege ihm besonders am Herzen, weil es eine seiner Gründungen sei, die erhalten blieb. Die Gründung der Genossenschaft wurde erst möglich dadurch, daß nach einer Änderung des Genossenschaftsgesetzes auch Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht zugelassen wurden. Besondere Verdienste um die Gründung habe auch Major Endell gehabt und als Vorsitzender sei er besonders durch Herrn Schönberg unterstützt worden. Er stelle noch fest, daß der jetzige Vorsitzende in diesem Jahre sein 10jähriges Jubiläum feiere und wünsche der Genossenschaft, daß sie weiterhin einen solchen Vorstand und Aufsichtsrat haben möge wie zur Zeit.

Vom Genossenschaftsverbande überbrachte Bank-

direktor Böhmer die besten Wünsche und Grüße für das Fest. Geschäftsführer und Organe könnten mit Genugtuung zurückblicken auf das, was geleistet worden ist, könnten Ausschau und Um-
schau halten wie das Unternehmen weiter ent-
wickelt und ausgebaut werden können. Es gebe

allerlei Lohn für Arbeit: 1. Geld, 2. das Bewußtsein, Fleiß und Mühe an ein Werk gewandt zu haben, 3. der Nutzen, den man anderen geschaffen hat, dieser Lohn trifft hier zu. Herr Direktor Geisler wünschte der Jubilarin Glück und überbrachte Grüße von der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft. Er bezeichnete die Oborniker Ein- und Verkaufs-Genossenschaft als eine Säule, wie man wenige in den gemeinsamen Verbänden zu verzeichnen hätte. Als Abgesandter der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft überbrachte Herr Sültmeyer-Dominowo herzliche Glückwünsche und Grüße. Genossenschaften und Westpoln. Landw. Gesellschaft seien nicht nur Freunde, die zusammen arbeiten, nein sie seien geradezu zwei Hälften eines Ganzen. Als alter Genossenschaftler rufe er allen zu: Zum Gedachten einer Genossenschaft gehören Männer mit klarem Blick, mit mutigem Sinn und voll Selbstlosigkeit. Möchten ihnen hier solche allezeit befreit sein! Seien Sie eingeschlossen, dann sind Sie stark und dann können Sie stolz sein!

Zum Schluß sprach noch Herr Sänger-Eichwald namens aller Genossen den Wunsch aus, der jetzige Vorsitzende möchte sein Amt noch lange führen, daß er dereinst sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern könne.

Nach diesem offiziellen Teil begann eine Massenwanderung nach dem Saal, um die Aufführung des Lustspiels „Wir treiben Sport“ durch die Deutsche Bühne aus Bromberg zu sehen. Trotzdem der Saal bis auf das letzte Plätzchen voll war, konnten unter dem ersten nicht alle Zuschauer unterkommen. Aber alle, die ein Plätzchen gefunden hatten, kamen voll auf ihre Rechnung; wahre Nachhalben erschütterten zeitweise das Haus. Später spielte je eine Musikkapelle im Saal und im Garten, so daß es allen Tanzlustigen möglich war, sich nach den Klängen der Musik zu bewegen.

Mordprozeß Olejniczak-Tarkowska

Das Appellationsgericht bestätigt das Todesurteil für beide Angeklagte

z. Inowrocław, 30. Juni. Vor dem Appellationsgericht Posen fand heute im Inowrocławer Bürgergericht die traurige Tragödie des Salinenarbeiter Józef Tarkowski ihren Abschluß. In der Anklagebank lagen unter polizeilicher Bewachung Stefan Olejniczak und seine Geliebte Veronika Tarkowska. Den Vorfall führte der Bezirkspräsident des Posener Appellationsgerichts Richter E. Wonsch unter Assistenz der Appellationsrichter Janusz und Grabowski. Die Anklage vertreten der Prokuratur des Appellationsgerichts Garduski. Die Angeklagte Tarkowska wird durch den hiesigen Rechtsanwalt Znaniecki und Stefan Olejniczak durch den Rechtsanwalt Dr. Krzysztofiewicz aus Posen vertreten. Am gestrigen ersten Verhandlungstage wurden nochmals sämtliche Zeugen sowie die Herren Dr. Niedermann, Dr. Budzik und Dr. Sitorki als Sachverständige vernommen. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde der Chefmann der Tarkowska in der Nacht vom 12. zum 13. April vorigen Jahres durch seine Ehefrau, die Angeklagte Veronika und deren Geliebte Olejniczak erwürgt und dann auf den Balkon der Wohnung so aufgehängt, daß ein Selbstmord vorgefallen ist.

Die Tarkowska selbst hat dann um 4 Uhr

morgens der Polizei gemeldet, daß ihr Mann

Selbstmord durch Erhängen verübt hätte.

Die erste Untersuchung ergab jedoch, daß kein

Selbstmord, sondern Mord vorliegt. Daraufhin wurde Olejniczak, der Geliebte der Tarkowska, verhaftet. Da die weiteren Erhebungen aber

durchblühen liegen, daß Olejniczak nicht der alleinige Täter ist, wurde kurze Zeit darauf auch die

Tarkowska in Haft genommen. Die Angeklagte

Tarkowska bestreitet bis zuletzt ihre Mordabsicht, sie macht verschiedene Aussagen, einmal be-

zichtigt sie ausschließlich Olejniczak der Tat, ein-

anderes Mal sagt sie, es wären mehrere Personen

in ihre Wohnung eingedrungen und hätten ihren

Mann ermordet. Olejniczak, der in der ersten

Zeit der Untersuchung zu einer Aussage nicht zu

bewegen war, hat sich dann später zur Tat be-

kannt und folgenden Sachverhalt gegeben.

Die Tarkowska habe am Tage vor dem Morde,

also am 12. April 1930, alles zum Mord vorbereitet,

sie sei mit ihm ins Kino gegangen, habe

dann mit ihm Abendbrot gegessen, wobei sie ihm

ein größeres Quantum Schnaps vorgesetzt habe.

Später habe sie ihn unter dem Bett versteckt, und als

ihr Mann dann ahnungslos schlafen gegangen war, habe sie ihm ein Handtuch über den Hals gelegt und mit Hilfe des Olejniczak erwürgt. Beide hätten dann den Toten auf den Balkon geschleppt und dort aufgehängt. Auch erwähnt Olejniczak, daß der kleine 6jährige Sohn der Tarkowska in demselben Bett geschlafen hätte, in dem der Vater ermordet worden ist. Bei dem Mord sei er wach gewesen. Die Angeklagte behauptet, daß alles, was Olejniczak aus sagt, falsch wäre. Als jedoch ihr kleines Söhnchen in den Gerichtssaal geführt wird, bricht sie in lautes Schluchzen aus. Der kleine Junge antwortet aber fast nichts auf die Fragen des Vorsitzenden.

Auch die heute am zweiten Verhandlungstage noch vernommenen Zeugen haben ihre Aussagen in der Instanz im wesentlichen nur bestätigt. Es wurde darauftin noch ein Lotatermin an Ort und Stelle in Gegenwart der beiden Angeklagten vorgenommen, worauf der Staatsanwalt in einer längeren Rede ausführte, daß auf Grund der genommenen Beweisaufnahme vorsichtiger Mordvorwurf er für beide Angeklagten die Todesstrafe fordere. Der Rechtsbeistand des Angeklagten Olejniczak hebt in einer glänzenden Rede hervor, daß die Tarkowska zu dielester schrecklichen Tat einzigt und allein die Tarkowska gewesen sei, und daß Olejniczak, der durch und durch venerisch frisch und durch den Genuss des Alkohols in diesem Zustand bei der Tat unzurechnungsfähig gewesen sei, nur für einfache Totschlag verantwortlich gemacht werden könne. Der Verteidiger der Tarkowska dagegen fordert für seine Mandantin Freispruch, da ihr Geliebter, ein Mann, der bereits 17 Mal bis zu 10 Jahren Zuchthaus bestraft ist, zu allem fähig ist.

Nach kurzer Beratung wurden jedoch beide Angeklagten für schuldig erklärt und das Urteil 1. Instanz aus Todesstrafe bestätigt. Der Angeklagte Olejniczak nahm das Urteil ziemlich gefaßt auf, die Angeklagte brach in verzweifelte Tränen aus. Beide Angeklagten werden gegen das Urteil Revision einlegen.

Lissa

k. Zwangsversteigerung. Am Donnerstag, dem 2. d. Mts. werden in Schwekau, Kreis Lissa, 2 Kühe meißtend gegen Barzahng versteigert. Sammelpunkt der Käufer vor dem Gelände des Herrn Hoffmann in der ulica Leszczyńska.

Obornik

Nach alten Quellen erzählt von Schwester A. Kleinert

Dort, wo die Welna mit der Warthe zusammenfließt, liegt Obornik. Schon im 13. Jahrhundert war Obornik ein Dorf. Dasselbe lag weithin von dem Platz der heutigen Stadt, etwa 1 Kilometer unterhalb der heutigen Welna-Mündung.

Als nun viele Deutsche einwanderten, wurde östlich von dem alten Dorf eine Stadt angelegt. Wie bei allen derartigen Städtegründungen wurde zuerst ein vierseitiger Marktplatz abgesteckt, von dessen Ecken aus je zwei Straßen gingen. Eine Kirche wurde zuerst an einem freien Platz des Marktes gebaut. Dann wurden die Kramläden, die Brot- und Fleischbänke errichtet.

Durch Mauern und Gräben schenkt die Stadt nicht gesichert worden zu sein, wohl aber durch eine Burg, welche auf dem Hügel am Zusammenfluß der beiden Flüsse stand. Von der Burg ist zwar keine Spur mehr erhalten, aber noch am Ende des 18. Jahrhunderts nannte man den Hügel „Der Königsberg“.

Nach der Gründung der Stadt nannte man das Dorf „Altes Dorf“ (Stara Wies). Wann das geschehen ist, kann freilich niemand mit Sicherheit angeben. Es soll noch vor Ablauf des 18. Jahrhunderts geschehen sein. Bereits im Jahre 1299 weiltete der Herzog Wladislaus Lokietek einmal in Obornik.

Wie in allen jenen alten Ansiedlungen waren es Deutsche, welche das Land urbar machten, die Wälder lichten, die Sumpfe austrockneten. Deutsche Namen sind es, welche uns in der Geschichte Oborniks begegnen. Ein Vogt hieß Rüdiger, die Namen Bens, Gedernaht, Kolbe kamen in der Bürgerschaft vor.

Über die Verfassung der Stadt gibt ein großes Privilegium Auskunft, welches der polnische König Kasimir im Jahre 1485 den Bürgern ausstellte. Das alte war durch einen Unglücksfall verbrannt. Hier nach genoß die Stadt das Magdeburgische Recht, das ihr eigene Verwaltung unter Bürgermeister, Rat und ein Schöffenkollegium zusagte.

Als Oberhof für Prozesse, die in Obornik nicht selbst entschieden werden konnten, kam der Magistrat in Posen in Betracht. Der oberste Richter der Stadt war der Vogt; der wurde nicht von der Bürgerschaft gewählt, sein Amt war erblich und mit reichen Einkünften ausgestattet. Als Vertreter der königlichen Gewalt waltete der Starost, welcher auf der Burg wohnte und sie zu verteidigen hatte.

In jener Zeit war es nicht Sitte, die kommunalen Bedürfnisse durch direkte oder indirekte Steuern zu decken, darum hatte der König die Stadt mit reichlichen Besitzungen und Vorrechten verschenkt, davon wurden dann die öffentlichen Bedürfnisse bestreitet. So bezog die Stadt 1% der Einnahmen von 6 auf dem Markt befindlichen Fleischbänken. Von allen Bäckern, Tuch- und Kramläden, während das letzte Sechstel dem Vogt gehörte. Ferner gehörte die Einnahme des städtischen Badehaus zur Hälfte der Stadt, zur Hälfte dem Vogt. Die Pacht von den zur Stadt gehörigen Gärten, Scheunen und Acren teilte sie mit dem Vogt im Verhältnis von 5 : 1. Ferner hatte die Bürgerschaft freie Weide und freie Fischerei in der Warthe mit kleinen Neben-, sowie freie Jagd auf Enten und Geflügel. In den königlichen Wäldern, in der Nähe der Stadt, durfte die Bürgerschaft für ihr Bedürfnis frei Holz schlagen.

Auch die Einnahmen des Marktgeldes von den drei der Stadt bewilligten Jahrmärkten und dem immer am Dienstag stattfindenden Wochenmarkt fielen an die Stadtkasse. Dagegen lag nun aber der Stadt die Last auf, die schon im Mittelalter bestehende Brücke über die Warthe zu erhalten. Die stand allerdings nicht dort, wo die heutige Brücke steht, sondern ziemlich an anderem Ende der Stadt. Da die Brücke häufig ausgebebelt werden mußte, die Stadt aber zu arm war, so durfte die Brücke zeitweilig gesperrt werden, und für ein halbes Jahr eine Fähre angelegt werden, von deren Ertrag die notwendigen Reparaturen ausgeführt werden sollten.

Im Mittelalter war Obornik eine blühende Stadt, sie genoß ein besonderes Ansehen, da sie den polnischen Reichsadler im Wappen führte. Als im Jahre 1430 der König Wladislaus Jagiello ein großes Schiedsgericht aus 6 polnischen Städten zusammenrief, wählte er Polen, Kosten, Beissern, Schrimm, Schröda und Obornik.

Eine besonders große Rolle spielte der Vogt der Stadt. Der Vogt Mathias stiftete auf seine eigenen Kosten 1350 ein Hospital in dem alten Dorfe. Obwohl die Vögte von Obornik bürgerlichen Standes waren, sie doch mit dem Adel des Landes vielfach verwandt und verschwägert. Sie wurden dadurch in politische Streitigkeiten vielfach hineingezogen.

Einmal kam dadurch der Vogt von Obornik von Janus auf durchbare Weise ums Leben. Er stand in den Wirren des Interregnum, die nach dem Tode des Königs Ludwig ausbrachen, auf Seiten des hohen Adels gegen den Kleinaudel. Seine Frau war eben gestorben und in der Pfarrkirche zu Obornik feierlich beigesetzt worden. Um ihn in seinem Schmerze etwas zu zerstreuen, lud ihn ein befreundeter Edelmann auf sein Landgut Przecławice ein und veranstaltete dort für die trauernde Familie, im ganzen für 18 Personen, ein Gastmahl. Die Gesellschaft übernachtete auf dem Landgut. Während sie in diesem Schlosse lagen, wurde sie von dem Kastellan von Nakel, einem der Hauptführer des Kleinaudels, mit einer Schar Reiter und Fußgänger überrascht.

sollten jährlich 3 Fische abliefern, im übrigen aber wurde die Herrschaft angewiesen, der Bürgerschaft für alle ihr zugefügten Verlebungen, Gewalttätigkeiten und Schädigungen Erfaß zu leisten.

Dieser große Prozeß war zwar gewonnen, aber nun kamen die schweren Zeiten der Schwedenkriege, welche das ganze Land schwer heimsuchten. Während dieser Zeit wurde die Warthebrücke zerstört, so daß nur die Pfähle stehen blieben. Auch im siebenjährigen Kriege wurde Obornik von Kriegslästen nicht verschont.

Der Niedergang der Stadt schritt auch dadurch vor, daß die Bürgerschaft das ihr zustehende freie Wahlrecht verlor, der Starost hatte sich schon einige Male eingemengt, schließlich bestimmte er allein.

Auch das Recht des Branntweinschanks rief der Starost an sich, wohl wurde wieder ein Prozeß deswegen angestrengt, doch wuchs dadurch die Schuldenlast auf 20 000 Gulden.

Um sich von dieser Last zu lösen, ging die Bürgerschaft auf einen Vergleich ein; der Starost übernahm die Schulden, aber auch zugleich das Recht des Branntweinbrennens. Der Bierauschank blieb der Bürgerschaft gestattet, doch mußten geworden und habe ihn aus Dankbarkeit bei sich behalten und ihm viele Reichtümer geben wollen. Doch er habe das alles abgelehnt, da seine Freunde auf ihn warteten, und sei mit einem Friedensgruß aus dem Hause geschieden und nunmehr in seinen Leib zurückgekehrt. Dann forderte er alle Anwesenden auf, mit ihm zu singen und zu beten, und es waren nicht wenige, die da glaubten, daß er wahrhaftig der Gesandte Gottes war.

Ein anderes Mal tat Zupp ein Wunder vor den Versammelten. Er nahm Blätter, die vor dem Kamin lagen, warf sie in die Luft, und drei oder vier Mäuse sprangen heraus. Er habe die Blätter in Mäuse verwandelt, meinte Zupp, er hätte sie aber ebensogut auch zu Tälern werden lassen können.

Viele glaubten an ihn, nur einer wollte sich ihm durchaus nicht fügen und wurde deshalb von Zupp auch der böse Feind, der Satan und der Antichrist genannt, das war der alte Lehrer Holz in Sanddorf (Wiesenau). Auf dessen Veranlassung hielt Pfarrer Serno in der Schule zu Sanddorf (Wiesenau) einen Gottesdienst ab, in dem er recht eindringlich vor falschen Propheten warnte, die mit dem Anspruch, sie wären Christus, nach Gottes Willen kommen müßten. Manche wurden dadurch an Zupp irre, als aber dieses Unwesen doch sein Ende nahm, erstattete der Lehrer Holz bei dem Gericht in Inowroclaw (Hohensalza) Anzeige, und Zupp wurde verhaftet. An einem Freitag, dem Wochenmarkstage, fanden ihn seine Anhänger in Inowroclaw (Hohensalza) am Pranger stehend mit einer Inschrift um den Hals: Gauler und Betrüger. Als er nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe entlassen wurde, erklärte er, er müsse nun nach Amerika ziehen, hier schüttete er den Staub von seinen Füßen. Doch er wolle über das Meer wandeln, und wer davon Zeuge sein wolle, der solle mit ihm nach Hamburg mitkommen, dann werde er sie alle mit sich nehmen in das gelobte Land. Eine ganze Reihe seiner Anhänger folgten ihm, um mit ihm nach Amerika auszuwandern. Für die Zurückbleibenden war damit der Abschluß gegeben, aber sie sollten bald aus den Briesen der Fortgezogenen über das eigentliche Ende unterrichtet werden. Da war nichts mehr von einem Glauben an die göttliche Sendung Johann Zupps zu spüren. Als sie nach Hamburg gefommen waren, hätten sie alle für die Überfahrt auf einem Auswandererschiff viel Geld bezahlen müssen und Zupp mit ihnen. Als sie dann auf das Meer gefommen wären, hätten sie ihn aufgefordert, nunmehr ins Wasser zu steigen und ihnen über die See voranzugehen, weil es ihnen allen auf dem Schiffe gar nicht gefalle. Da habe sie aber der Kapitän ausgelacht und den Zupp einen Betrüger genannt, dem sie kein Geld geben sollten. Für die Zeit der Überfahrt hielt sich Zupp ängstlich verborgen; als sie aber endlich nach New York gekommen waren, wären sie alle in ihn gedrungen, er solle sie in das Haus mit den goldenen Türen führen, wo er dem reichen Manne auf seinem Sterbelager die Gesundheit wieder gegeben hätte. Doch Zupp habe dafür keine Ohren gehabt, und in dem Gedränge und Gewirre des Aussteigens habe er es vorgezogen, sich für immer von ihnen zu trennen, und sie hätten ihn auch nie wieder gesehen. Alle Briefe schließen stets mit derselben Klage, daß sie sämtlich einem Schwinder zum Opfer gefallen wären, daß es ihnen in Amerika kümmerlich ergehe und sie gern nach der alten Heimat zurückkehren möchten, wenn sie nur das nötige Geld dazu hätten.

Es ist wohl außer jedem Zweifel, daß Johann Zupp ein ganz gemeiner Schwinder und Betrüger war, der es in der plumpsten Art und Weise verstand, die Geldbeutel seiner Anhänger zu erleichtern, um dann, als er sein Spiel verloren sah, spurlos in der Versenkung zu verschwinden. Fragt man aber, wie das Ganze möglich war, so gibt es dafür nur folgende Erklärungen: Einmal war die kirchliche Verpflichtung in jener Zeit so gering, so daß die Leute zur Selbsthilfe in häuslichen Andachten griffen, und sodann spricht auch sicherlich die Vorliebe für das übernatürliche mit, wie es in dem Überglauken noch heute lebendig ist.

Ein falscher Prophet im Posener Lande

Im Jahre 1849 trat ein seltsamer Mensch in der Grünfließniederung (Kujawien) auf, namens Johannes der Täufer; tut Buße, denn das Heimelreich ist nahe herbeigekommen. Den anwesenden Leuten gefiel die Andacht sehr; so äußerte z. B. die Schwester der Frau Käßling, die mit dem damaligen Kirchendiener verheiratet war: Das ist Gottes Stimme, laß sie uns hören.

So kam es, daß man Zupp bat, doch öfters zu kommen, der nunmehr monatliche Zusammensetzung in Bergbruch einrichtete, in denen er seine Predigten halten konnte, die allmählich auf den Geldbeutel seiner Zuhörerchaft hinzielten, ohne daß es dieser zum Bewußtsein kam. So richtete er öfters an die Versammelten die Aufrufserklärung: Jeder lasse sich schämen und gebe den Zehnten von allem, was er hat; denn die des Altars pflegen, genießen des Altars. Recht erhebliche Summen Geldes wurden da zusammengebracht, die Zupp an sich nahm mit der Erklärung, sie wären für die Heiligen Gottes bestimmt.

Doch er predigte nicht nur, sondern auch das heilige Abendmahl wurde gefeiert. Man nahm an langen Tischen Platz, und dann erschien Zupp mit einer Flasche Wein und einem Weizenbrot und verteilte es unter die Anwesenden mit den Worten: Das ist mein Leib, das ist mein Blut. Schließlich kam er mit dem Bekenntnis, er wäre selbst Christus, der in die Welt gekommen wäre, um vor dem Gericht die Seinen zu sammeln und zu erlösen. Er forderte nun seine Gemeinde auf, ihn anzubeten, was auch viele taten.

Aber auch Wunder wollte er tun. Einmal brachte er einen Brief mit, der aus Russland gekommen war und die Adresse trug: An die Majestät Gottes, Johann Zupp in Kretowiny. Darinnen bedankte sich ein Mann, dem Zupp ein Kind vom Tode auferweckt hatte. Friedrich Käßling fragte ihn, wann er denn dies Wunder vollbracht hätte, worauf er die Antwort erhielt: Gestern nacht in der zwölften Stunde, da ich von euch

Ungarischer Wirtschaftsbrief

Dr. H. K. Auch wenn Ungarn nicht so sehr im Herzen Europas läge und wenn die Verbindungen mit allen Staaten, die einst zur Monarchie gehörige Teile in ihre Grenzen schließen, nicht so rege wären, würde die wirtschaftliche Lage von besonderem Interesse sein, weil die Wirtschaftsentwicklung eines jeden mitteleuropäischen Staates gewichtig in die Wagschale fällt. Es soll nichts über die landwirtschaftliche Lage in Ungarn gesagt sein, sie unterliegt den gleichen Gefahrenmomenten und Krisen wie die Landwirtschaft in allen europäischen Staaten, sie ist das gleiche Sorgenkind der Regierung und der Allgemeinheit wie in allen übrigen Agrarstaaten, nur dass die Lage der Exportfaktoren nunmehr günstiger geworden ist, nachdem die Regierung in den Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich ein respektables Kontingent für die ungarische Landwirtschaft erkämpft hat. Angesichts dieser Tatsache muss man das Hauptaugenmerk auf die Industrie lenken, denn die Landwirtschaft und ihre Sorgen kennen wir. Die Lage der verschiedenen Industriezweige ist durchwegs verschieden, wir können Verschiebungen feststellen, die in Konjunktur und Saison ihre Begründungen haben mögen, aber nicht restlos darauf zurückzuführen sind. Merkwürdigerweise zeigt beispielsweise die Beschäftigung der ungarischen Kohlenbergwerke in den letzten Wochen einen Aufstieg, was in der gegenwärtigen Jahreszeit, die doch für die Kohlenförderung und Kohlenabsatz als absolut tote Saison gilt, recht verwunderlich ist. Die anderen Schlüsselindustrien, wie insbesondere die Eisenproduktion, sind weit hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückgeblieben und verloren, trotz heftigster Anstrengungen, nicht das Resultat zu verbessern. Jene Industriezweige, die unmittelbar Konsumgüter herstellen, sind relativ am besten daran, und sie haben auch noch Beschäftigung, die teilweise durch die Budapest Messe erzielt worden ist. Eine Gruppe von Industriezweigen zieht aus dem noch immer anhaltenden Zollkrieg mit der Tschechoslowakei Nutzen. Die Absperrung wird von beiden Seiten ziemlich rigoros durchgeführt und hat tatsächlich eine vollständige Unterbindung des Gütertauschs zur Folge. Wenn man auch feststellt, dass gewisse Industrien hieraus Vorteile ziehen, darf man deshalb nicht vergessen, dass vom Standpunkt der ungarischen Gesamtirtschaft aus betrachtet, dieser zähe Zollkrieg grosse Schäden angestiftet hat. Der Zollkrieg ist zu einem Prestigekampf entartet, und somit ist eine Änderung absolut nicht abzusehen; wehe dem Wirtschaftsproblem, das zu einer Prestigefrage wird, es ist verloren.

Die Arbeitslosigkeit, die zahlenmäßig mangels einwandfreier Erfassung, nicht anzugeben ist, hat nicht nachlassen, da es fast vollkommen an jeglicher Investitionstätigkeit mangelt, und der Entfall der Bauaktivität macht sich ganz besonders fühlbar. Man kann feststellen, dass selbst die Industriezweige, die gegenwärtig Saison haben, sei es der Jahreszeit entsprechend, oder aus Gründen zolltechnischer Natur, keine Entspannung schaffen, weil sie sich nicht entschließen können, Arbeiter neu einzustellen. Man greift viel lieber zur Ausdehnung der Arbeitszeit, Überstunden und dergleichen, als zum Neuengagement von Arbeitskräften. Hier wirkt sich, wie auch in anderen mitteleuropäischen Staaten, der sicherlich gut gemeinte Schutz der Arbeitskräfte negativ aus. Die Verpflichtungen zu nachfolgenden Leistungen, Abarbeitungen und dergleichen schrecken ab und schwächen die Tendenz zu Neueinstellungen ab.

Die ungarische Industrie, die von einzelnen Ausnahmen abgesehen, keinen Exportfaktor stellt, ist auf den inländischen Markt angewiesen, der unter normalen Umständen auch mehr als ausreichend war. Jetzt natürlich, angesichts der gesunkenen Kaufkraft der Landwirtschaft betreibenden Bevölkerung, ist die Lage schwierig geworden und stellt, abgesehen von einem Rückgang der Aufnahmefähigkeit des Marktes überhaupt, grosse Anforderungen in bezug auf Kreditgewährung an Industrie und Handel. Wenn man die Jahresabschlüsse der führenden ungarischen Industrien betrachtet, kann man in bezug auf Absatz einen Rückgang von etwa 15 bis 20 Prozent feststellen. Abgesehen von diesem mengenmässigen Rückgang, ist naturgemäß auch ein Schrumpfungsprozess in bezug auf den Wert vor sich gegangen. Rohstoffpreise und landwirtschaftliche Produkte mögen ja ungefähr Schritt gehalten haben, aber das Gleichgewicht wird durch die Fabrikationspesen, durch die Betriebskosten gestört, da diese trotz aller Bemühungen und Verluste nicht gleichmäßig herabgedrückt werden konnten.

Wenn man die Dinge so sieht, muss man sagen, dass diese Wirtschaftslage eigentlich kein Charakteristikum Ungarns ist und dass man ganz ähnliche, geradezu identische Struktur auch in den anderen Staaten, soweit sie überwiegend Agrarländer sind, findet. Insbesondere in Polen und Jugoslawien ist dies der Fall. Unter nahezu gleichen Voraussetzungen liegen die Dinge in Jugoslawien am besten, hier wurde am wenigsten „geerbt“, die meisten Industrien sind neu angelegt worden und somit den Verhältnissen angepasst gewesen, noch ehe sie aufgezogen wurden. (Am ärgsten liegen die Dinge diesbezüglich in der Tschechoslowakei, wo grosse Industrien im Erbwege übernommen wurden, für die nur der Markt fehlt.) In Polen liegen die Dinge ebenso wie in Ungarn, weil auch hier der Inlandsmarkt für die Industrien ausreichend wäre, besäße er die normale Kaufkraft.

Schliesslich sei noch auf einen Umstand hingewiesen, der gleichfalls in Ungarn aktuell geworden ist, aber auf jedes beliebige Land gleicher Struktur zutrifft. In dem Handelsvertrag Ungarns mit Österreich, der auf dem Präferenzgedanken aufgebaut ist, hat man die Meistbegünstigungsklausel durch ein Kontingent umgangen. Naturgemäss bestanden die Zugeständnisse an Österreich für die Abnahme eines derart grossen Getreidekontingents in Gegenleistungen auf industriellem Gebiete, und die verschiedenen ungarischen Industriekreise fühlen sich nunmehr geschädigt. Dies wird bestimmt immer wieder eintreten, aber es lässt sich nicht vermeiden, denn es handelt sich in diesen Verträgen stets um Leistung gegen Leistung. Staaten, die industriell und landwirtschaftlich alles vorbei sein muss; die Tendenz geht nach der Spezialisierung, nach dem Ausbau jenes Wirtschaftszweiges, der die besten Voraussetzungen, die billigsten Produktionsbedingungen und die leichtesten Absatzmöglichkeiten findet. Der Ehrgeiz der Staaten in wirtschaftlicher Beziehung darf nicht darauf hinauslaufen, alles zu erzeugen, sondern vielmehr darauf, das, wozu gleichsam Bestimmung besteht, möglichst gut und vollkommen herzustellen. Ungarn bekommt sich zu diesem Gesichtspunkt, indem es in allen seinen handelspolitischen Schritten und insbesondere bei Verträgen sich uneingeschränkt als Agrarstaat bekannt. Wenn dieser Gedankengang durchdringt, würde vieles anders werden, denn wenn die Staaten voneinander abhängig werden würden, dann gebe es keine Kriege, nicht einmal Zollkriege.

Der ungarischen Wirtschaft ist augenblicklich lokal eigentlich nicht zu helfen, denn die Landwirtschaftskrise kann und muss einzig und allein international bekämpft und behoben werden: was bis dahin geschieht, ist Flickarbeit ohne Anspruch auf Dauerhaftigkeit.

Die Konzentrationsbewegung im polnischen Versicherungswesen

Vor kurzem richtete der Verband der Versicherungsvereine und -gesellschaften an die Staatsregierung den Vorschlag, die Tätigkeit der Versicherungsagenten gesetzlich zu regeln. Er schlug vor, nach dem Vorbilde Deutschlands einerseits sog. „Abschlussagenten“, d. h. solche Vermittler, die im Namen der Gesellschaften die Berechtigung zum selbständigen Abschluss von Versicherungsverträgen erhalten, und andererseits „Vermittlungsagenten“, deren Tätigkeit sich lediglich auf das „Vermitteln“ beschränken soll, vorzusehen. Diese aus manchen Gründen beachtenswerte Aktion lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Stand der Entwicklung des Versicherungswesens in Polen.

Vor dem Kriege war das Versicherungswesen in den ehemaligen Okkupationsgebieten mit Ausnahme der deutschen Gebietsteile sehr uneinheitlich und zersplittert. Im Jahre 1913 zählte man auf polnischem Boden 15 politische und eine ganze Anzahl russischer, deutscher, österreichischer, italienischer und französischer Versicherungsgesellschaften. Die Jahressumme der durch die Versicherten geleisteten Beiträge wird von sachverständiger Seite auf ca. 180–240 Millionen Goldfranken geschätzt. Zur Zeit der Kriegsokkupation wurden im damals besetzten Gebiet noch mehrere deutsche und österreichische Gesellschaften neu ins Leben gerufen. Nach der Wiedergeburt Polens wurde das Vermögen sämtlicher ehemals russischer Versicherungsunternehmen durch die polnische Regierung beschlagnahmt.

Über die Entwicklung des Versicherungswesens in der Zeitspanne seit der Entstehung des souveränen Polens bis zum Jahre 1924 lassen sich infolge des Währungsverfalls keine zuverlässigen Angaben machen. Die Summe der jährlichen Versicherungsbeiträge und Prämien für die Zeit unmittelbar nach der Stabilisierung des Zloty wird amtlich auf 63,2 Millionen Zloty angegeben. An dieser Summe partizipieren die privaten Versicherungsgesellschaften auf Aktien mit 20,1 Millionen Zloty, die privaten Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit mit 13 Millionen Zloty, die öffentlichen Versicherungsgesellschaften mit 29,1 Mill. Zloty und ausländische Gesellschaften mit ca. 1 Million Zloty.

Für die folgenden Jahre werden vom Staatslichen Kontrollamt der Versicherungsgesellschaften folgende statistische Angaben der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Anzahl der Versicherungsunternehmen sank von 1925 bis 1928 von 132 auf 91. Von dieser letzteren Zahl entfielen auf öffentliche Versicherungsgesellschaften 7, auf sogenannte „grössere“ Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit“ 10, auf „kleinere“ Versicherungsgesellschaften auf Aktien 41, auf Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit 41, auf Versicherungsgesellschaften auf Aktien 21, auf ausländische Gesellschaften 11 und auf einheimische juristische Personen des öffentlichen Rechts 1. Der Unterschied zwischen den hier genannten „grösseren“ und „kleineren“ Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit bezieht sich auf die Höhe der an den Staat auf Grund der Verordnung vom 25. März 1925 für die Ausübung der Kontrolle zu entrichtenden Beiträge. Zu den „kleineren“ Versicherungsgesellschaften gehörten im Jahre 1927 sechs lokale Pensions- und Sterbekassen in Oberschlesien, 1 solche in Posen und 1 in Pommerellen, sodann 17 lokale Feuerversicherungsgesellschaften in den westlichen Gebietsteilen und schliesslich 16 Vereine für Viehversicherung. Unter den ausländischen Versicherungsgesellschaften wurden in denselben Jahren 1 englische, 2 italienische, 2 österreichische, 6 deutsche im ehemals preussischen Gebietsteil, darunter 5 in Oberschlesien, gezählt.

Die folgenden Jahre werden vom Staatslichen Kontrollamt der Versicherungsgesellschaften folgende statistische Angaben der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Anzahl der Versicherungsunternehmen sank von 1925 bis 1928 von 132 auf 91. Von dieser letzteren Zahl entfielen auf öffentliche Versicherungsgesellschaften 7, auf sogenannte „grössere“ Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit“ 10, auf „kleinere“ Versicherungsgesellschaften auf Aktien 41, auf Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit 41, auf Versicherungsgesellschaften auf Aktien 21, auf ausländische Gesellschaften 11 und auf einheimische juristische Personen des öffentlichen Rechts 1. Der Unterschied zwischen den hier genannten „grösseren“ und „kleineren“ Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit bezieht sich auf die Höhe der an den Staat auf Grund der Verordnung vom 25. März 1925 für die Ausübung der Kontrolle zu entrichtenden Beiträge. Zu den „kleineren“ Versicherungsgesellschaften gehörten im Jahre 1927 sechs lokale Pensions- und Sterbekassen in Oberschlesien, 1 solche in Posen und 1 in Pommerellen, sodann 17 lokale Feuerversicherungsgesellschaften in den westlichen Gebietsteilen und schliesslich 16 Vereine für Viehversicherung. Unter den ausländischen Versicherungsgesellschaften wurden in denselben Jahren 1 englische, 2 italienische, 2 österreichische, 6 deutsche im ehemals preussischen Gebietsteil, darunter 5 in Oberschlesien, gezählt.

Über den Stand der Versicherungssummen fehlen leider genauere Angaben. Lediglich für 37 grössere Gesellschaften werden im Jahre 1927 folgende Summen genannt (in tausend Zloty):

	Insgesamt	Davon:
Lebensversicherung	98 944	
Feuerversicherung	29 047 773	
Transportversicherung	1 387 284	
Versicherung gegen Diebstahl	620 253	
	Vereine auf	Versicherungs-
Effentl. Ver-	Gegenseitig-	versicherungs-
sicherungs-	verein auf	verein auf
unter-	Gegenseitig-	Aktien
nehmungen	keit	
3 089	52 320	43 535
15 400 237	5 333 658	8 315 878
—	258 003	1 129 281
—	156 872	473 381

Die Summe der geleisteten Beiträge wird für das Jahr 1927 mit 13,2 Mill. zł für die Lebensversicherungsgesellschaften, mit 100,5 Millionen zł für Feuerversicherungsgesellschaften usw. angegeben. Für die Zeitspanne von 1927 bis 1930 finden sich genauere Angaben in den Veröffentlichungen des Verbandes der privaten Versicherungsgesellschaften, und zwar stieg die Umsatzsumme der diesem Verband angeschlossenen Gesellschaften in der Zeit von 1924 bis 1930 von 29,1 Mill. zł auf 120,7 Mill. zł, wovon auf die Feuerversicherungsgesellschaften in derselben Zeit 21,2 und 47,7 Mill. zł entfielen.

Aus den hier angeführten Zahlen kann gefolgt werden, dass in unserem Versicherungswesen die Feuerversicherung bei weitem an erster Stelle steht, während die anderen Versicherungarten sowohl hinsichtlich der Anzahl der Unternehmungen als auch des Umfangs der Versicherungssummen weit hinter der Feuerversicherung zurückstehen. Die günstige Entwicklung des Feuerversicherungswesens ist dem Umstände zu verdanken, dass bereits unmittelbar nach der Wiedergeburt des polnischen Staates eine zwangsweise Versicherung der Immobilien im ganzen Lande mit Ausnahme der früheren okkupierten Gebiete und der Stadt Warschau eingeführt wurde, und die Kompetenzen aus dieser Versicherungsgesellschaft in dem „Posener“ Zaklad Ubezpieczec Wzajemnych“ konzentriert wurden. Dieser Feuerversicherungsgesellschaft ist aus der Verschmelzung des sogenannten „Feuerversicherungsgesellschaften der Städte“, der im Jahre 1893 in Warschau gegründet wurde, und dem „Feuerversicherungsgesellschaften des Dorfes“, der im Jahre 1817 ins Leben gerufen wurde, hervorgegangen. Im Jahre 1900 erhielt der Verein den Namen: „Wzajemnych Ubezpieczec Wzajemnych“, sodann nach der Entstehung des polnischen Staates die Firma „Polska Dyrekcyja Ubezpieczec Wzajemnych“. Auf Grund der Verordnung vom 27. Mai 1927 wurde eine neue Umorganisation des Vereins vorgenommen und vorbei sein muss; die Tendenz geht nach der Spezialisierung, nach dem Ausbau jenes Wirtschaftszweiges, der die besten Voraussetzungen, die billigsten Produktionsbedingungen und die leichtesten Absatzmöglichkeiten findet. Der Ehrgeiz der Staaten in wirtschaftlicher Beziehung darf nicht darauf hinauslaufen, alles zu erzeugen, sondern vielmehr darauf, das, wozu gleichsam Bestimmung besteht, möglichst gut und vollkommen herzustellen. Ungarn bekommt sich zu diesem Gesichtspunkt, indem es in allen seinen handelspolitischen Schritten und insbesondere bei Verträgen sich uneingeschränkt als Agrarstaat bekannt. Wenn dieser Gedankengang durchdringt, würde vieles anders werden, denn wenn die Staaten voneinander abhängig werden würden, dann gebe es keine Kriege, nicht einmal Zollkriege.

Die Feuerversicherung und das Monopol in dem zugehörigen Gebiet ermöglichen es diesem Verein, seine Umläufe im Verhältnis zu denen der übrigen Versicherungsgesellschaften wesentlich zu reduzieren, und daher bedeutend billiger zu arbeiten. Der Gehalt der für die Tätigkeit der Versicherungsgesellschaften, die bei anderen Gesellschaften einen der wesentlichsten Ausgabenposten darstellen, ferner die Unterstützung durch die Organe des Staates gestatten es dem Verein, seine Mitgliedsbeiträge niedrig zu halten, ausserdem mit den erzielten Ersparnissen eine vorbeugende Tätigkeit gegen die Feuergefahr zu entfalten, die insbesondere darauf gerichtet ist, die feuerseiche Bebauungsweise auf dem platten Lande zu fördern. Der öffentlich-rechtliche Charakter dieses Versicherungsgesellschaften kommt nach aussen dadurch zum Ausdruck, dass das Streben nach der Erzielung eines privatwirtschaftlichen Erfolges in den geschäftlichen Transaktionen nicht ausschliesslich massgebend ist.

vielmehr zugleich das Ziel verfolgt wird, die Interessen der Allgemeinheit zu berücksichtigen. In der Folge dieses Prinzips wurde die Höhe der zahlbaren Versicherungsbeiträge in den letzten Jahren mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage der Landwirte, die das Gros der Mitglieder des Vereins darstellen, mehrfach gemindert und betrug im Jahre 1930 nur noch 4 Zloty von 1000 Zloty der Versicherungssumme, ferner wurden die aus der Zeit vor 1926 gesetzten Beiträge gestrichen. Auch die Anlage der angesammelten Reserven erfolgt mit dem Ziel, einen Nutzen für die Allgemeinheit zu stiften. Sie geschieht durch den Erwerb von Schuldverschreibungen der staatlichen Bankinstitute, nämlich der „Bank Rolny“ und „Bank Gospodarstwa Krajowego“, denen es hierdurch ermöglicht wird, grössere Beträge in der Gestalt von Krediten, insbesondere an die Landwirtschaft zu leiten. Der Bestand derartiger Wertpapiere im Besitz des Vereins wird gegenwärtig auf 15 Mill. zł bezeichnet. Im Jahre 1930 wurden vom Verein 55% Mill. zł als Entschädigung ausgezahlt.

Ausser der obligatorischen Feuerversicherung widmet der Verein dem Gebiete der sog. „freiwilligen Feuerversicherung“ eine besondere Aufmerksamkeit in denjenigen Gebietsteilen, die der zwangsweisen Feuerversicherung nicht unterliegen. Hier begegnet der Verein dem Wettbewerb der privaten Versicherungsvereine, deren Erfolg in den letzten Jahren durch die wirtschaftliche Depression und die starke Konkurrenz der ausländischen Versicherungsvereine stark beeinträchtigt wurde. Unter den sog. „freiwilligen Feuerversicherungsvereinen“ sind „Zaklad Ubezpieczec Wzajemnych m. s. Warszawy“, der am 1. 1. 1928 auf Grund der Verordnung vom 23. 7. 1927 ins Leben gerufen wurde, ferner die Gesellschaft „Snop“ zu nennen. In den ehemals preussischen Gebietsteilen sind zu erwähnen die sog. „Sozietaty“, ferner „Vesta“ und „Warszawskie“.

Neben den Feuerversicherungsvereinen sind es die Lebensversicherungsvereine, deren Tätigkeit seit der Währungsstabilisierung eine aufholende Bewegung aufweist. Die Summe der Prämien und Beiträge wuchs von 1926 bis 1929 von 12,9 auf 37,8 Mill. zł, desgleichen stieg die Versicherungssumme in demselben Zeitraum von 279,1 Mill. zł auf 802,7 Mill. zł.

Die anderen Versicherungarten spielen neben der Feuer- und Lebensversicherung zur Zeit noch eine untergeordnete Rolle. Das über ihre Entwicklung zur Verfügung stehende statistische Material ist sehr lückenhaft und gewährt keinen Überblick. Im Interesse sowohl der Öffentlichkeit als dieser Versicherungszweige liegt es indes, auch über dieses Gebiet ausführlicher unterrichtet zu werden, als es bis jetzt der Fall war, und seinen Ausbau zu fördern.

Ermäßigung der Superphosphatpreise

Mit Rücksicht auf die schwere Lage der Landwirtschaft haben die Superphosphatfabriken ihre Preise wie folgt ermäßigt: für 100 kg 16 prozent. Superphosphat lose werden folgende Preise gezahlt: bei Parität Włocławek 11,52 zł, Posen und Czestochowa gleichfalls 11,52 zł, Kattowitz 11,68 zł, Warschau 11,84 zł, Przemysł 11,84 zł, Danzig 12 zł, Lódź 12,16 zł. Die Superphosphatfabriken gewähren 6 Monate Ziel.

Märkte

Getreide. Posen, 1. Juli. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań

Richtpreise:

Weizen	27.00–27.50
Roggen	26.00–26.50
Mahlgerste	26.50–27.50
Futterhafer	28.00–29.00
Roggemehl (65%)	40.50–41.50
Weizenmehl (65%)	44.00–47.00
Weizenkleie	13.50–14.50
Welkenkleie (dick)	15.00–16.00
Roggenkleie	15.50–16.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Warschauer Börse

Warschau, 30. Juni. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9725, Goldruble 4.81—4.82, Tscherwonetz 0.36 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.80, Berlin 211.75, Bukarest 5.31, Danzig 173.49, Helsingfors 22.45, Spanien 84.50, Holland 359.00, Kairo 44.49, Riga 171.93, Sofia 6.46½, Stockholm 239.27, Tallinn 237.65, Montreal 8.88½.

Best verzinische Werte

	30. 6.	27. 6.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 St.)		
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	74.00	
10% Eisenbahns-Konvert.-Anleihe (100 St.)		
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)		
4% Pramian-Investitions-Anleihe (100 G.-St.)		85.50
7% Stabilisierungs-Anleihe		

Industrieaktien

	30. 6.	27. 6.
Bank Polski	117.50	118.00
Bank Dyskont	—	—
Bk. Handl. i. w.	100.00	—
Bk. Zabrodz.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	60.00	—
Grodzisk	—	—
Pols	—	—
Spies	—	—
Strenz	—	—
Elekt. Dab.	—	—
Elektrycznośc	—	—
F. T. Elektr.	—	—
Starachowice	8.50	8.75
Brown Boveri	—	—
Kabel	—	—
Sila i Swiatlo	—	—
Chodorow	—	—
Czernik	—	—
Czestocice	—	—
Goslawice	—	—
Michałow	—	—
Ostrowite	—	—
W. T. F. Cukru	—	—
Firely	—	—
Lazy	—	—
Wysoka	—	—
Sole Potasowe	—	—
Drzewo	—	—

Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	30. 6.	27. 6.	30. 6.	27. 6.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	—	—	—	—
Danzig	—	—	—	—
Berlin	211.4	212.03	211.40	212.14
Brüssel	123.37	124.59	123.92	124.54
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.28	43.49	43.28	43.50
New York (Scheck)	8.888	8.938	8.896	8.936
Paris	4.82	5.00	4.82	3.95
Prag	—	—	—	—
Rom	26.27	26.49	26.36	26.48
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Dresden	—	—	—	—
Hamb. Amer.	—	—	—	—
Hamb. Südäm	—	—	—	—
Hans	—	—	—	—
Vord. Lloyd	—	—	—	—
Ako	—	—	—	—
A E. G.	47.25	48.00	47.25	48.00
Bayr. Motoren	89.75	87.50	86.25	85.00
Bemberg	68.50	68.75	68.50	68.50
Bergmann	—	—	—	—
Berl. Masch.-F.	—	—	—	—
Buderus	42.5	42.75	42.50	42.50
Carls. Wasser	78.00	78.00	78.00	78.00
Cop. Hispan.-A.	26.00	27.50	26.50	27.50
Conti. Cantech.	14.00	1.50	1.50	1.50
Daimler-Benz	24.50	25.00	24.50	25.00
Dessauer Gas	121.25	121.75	120.50	120.50
Dt. Erdöl-Ges.	65.75	67.12	65.75	67.12
Dtsch. Linol.	83.75	64.00	83.75	64.00
Dynam Nobel	—	—	—	—
El. Lief.-Ges.	109.75	110.25	109.75	110.25
El. Lief. u. Kr.	113.7	113.37	113.7	113.37
El. Farben	133.67	133.00	133.67	133.00
Feldmühle	106.50	102.00	106.50	102.00
Felten & Guhl	—	33.75	—	33.75
Gelsenk. Bgn.	72.40	72.00	72.40	72.00
Ges. e. Ost	1.75	1.50	1.75	1.50

Tendenz: uneinheitlich.

Danziger Börse.

Danzig, 30. Juni. Reichsmarknoten 122.15, Dollarnoten 5.16½, Scheck London 25.00%, Zlotynoten 57.64½.

An der heutigen Börse notierte das englische Pfund 20.00%. Sonst wurden folgende Kurse notiert: Reichsmarknoten 122.03—122.27, Auszahlung Berlin 121.95 bis 122.19, Dollarnoten 5.1598—1702, Zlotynoten 57.59 bis 70, Auszahlung Warschau 57.58—69.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin 1. Juli. (R.) Bei ziemlich ruhigem Geschäft eröffnete die Börse wieder in etwas schwächerer Haltung. Abgesehen von der Ungewissheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Pariser Besprechungen drückte vor allem die Devisensituation. Die heutigen Auslassungen in der Presse, die sich mit dem eventuellen zu ergreifenden Massnahmen der Reichsbank beschäftigen, wurden lebhaft besprochen und veranlassten die Spekulation. Abgaben vorzunehmen, nachdem auch von aussen wider verschiedentlich Verkaufssordern eingegangen waren. Verschiedentlich waren 1—2½ Prozentige Rückgänge zu verzeichnen, Aschersleben verlor 4½ Prozent und Schubert & Salzer 6½ Prozent. Die Geldsätze blieben unverändert, Reichsschuldbuchforderun-

gen bis 1 Prozent schwächer. Der Verlauf war ruhig und eher weiter abrückend.

Terminpapiere

	1. 7.	31. 6.	1. 7.	30. 6.
Alt.Dt.Kr.Ants	87.00	87.00	40.25	39.50
Bk. f. Braund	116.50	118.00	117.50	117.50
Barmer Bank	8.25	9.25	55.50	52.25
Bayr. Hypothk.	119.30	118.75	119.50	119.50
Bayr. Vereinsb.	130.00	131.50	122.75	124.00
Beil. Hls.-Ges.	100.75	101.50	122.75	124.00
Com. u. P. Bk.	108.50	110.50	26.50	25.75
Darmst. Bank	141.00	141.00	51.50	51.75
Deutsch. Bank	1.1.00	1.1.00	—	—
Dresdner Bank	1.1.00	1.1.00	—	—
A.G. v. Verkehr	48.00	46.75	28.75	30.00
Dr. R. Bahn	85.50	85.25	62.00	68.50
Hans	48.50	48.50	34.25	34.50
Hans	79.00	78.25	35.00	35.00
Nordde. Welle	50.12	50.12	8.12	8.50
Nordsee	120.50	123.00	—	—
Obeschl. Kokaw.	62.00	62.00	—	—
Orenst. u. Kop.	—	—	40.50	40.50
Phönix. Bogen	46.25	46.50	—	—
Polyphon	116.00	115.00	—	—
Rh. Braunkohl.	155.50	155.50	—	—
Rh. Elekt. W.	117.25	117.25	—	—
Rh. Stahlw.	76.5	74.50	—	—
Rutgerswerke	198.50	198.00	—	—
Salzdetfurth	107.00	103.50	—	—
Schl. Elekt. W.	130.00	135.50	—	—
Schub. u. Sals.	124.75	125.37	—	—
Siegm. u. Halke	155.75	156.50	—	—
Tietz. Leobn.	86.00	85.50	—	—
Ver. Stahlw.	45.00	45.37	—	—
Westeregion	129.50	129.50	—	—
Zellst. Waldh.	70.00	70.00	—	—
Otavi	19.37	23.25	—	—

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Industrieaktien

	1. 7.	30. 6.	1. 7.	30. 6.
Oester. Kredit	—	—	Hacketh. Drabt	45.75
Reichsh. Nene	135.50	136.50	Hohenlohe	—
Canada	21.12	21.12	Körting. Gebr.	—
Accumulator	—	—	Lahmeyer	111.00
Aschaffenburg	—	—	Laurahütte	—
Berger, Tieb.	195.25	—	Sarotti	—
Berl. Karls. Ind.	39.25	39.25	Schl. Bbg. u. Zk.	34.00
Chem. Heyden	41.75	—	Süddtsch. Zuck.	109.00
Dt. Kabelw.	—	—	Zellst. Verein	

Hoover-Plan beispielsweise ohne Mitwirkung Frankreichs in Kraft trete, dann würde das italienische Angebot zwischen Italien und seinen beiden Gläubigern Großbritannien und Amerika einerseits und Italien und seinen Schuldner andererseits aufrecht erhalten bleiben.

Der Korrespondent des "Daily Express" in Rom nennt den italienischen Beitrag eine äußerste Anstrengung, um den Hoover-Plan zu retten, und sagt, Italien hat einen großen Schritt getan, um zur wirtschaftlichen Erholung Europas und der ganzen Welt mitzuholen.

Paul-Boncourt fordert Verzicht auf den Anschluß

Paris, 1. Juli. (R.) Paul-Boncourt, der Frankreich vor dem Haager Gericht in der Anschlußfrage vertreten, nimmt heute im "Journal" zu ihrer Stellung. "Vom französischen Standpunkt und von dem unserer Alliierten gesesehen" — schreibt er — „bedeutet der Anschluß eine tödliche Gefahr für die gegenwärtige Lage Europas. Er würde einen gegen Rumänien und Südtirol gerichteten Blutschaffens und vor allem die Tschechoslowakei einleiten. Um aber den Anschluß, der eines Tages unvermeidlich sei, von derartigen Gefahren loszuhalten, um zu vermeiden, daß er sich mit zu großen Ungelegenheiten für Frankreich verwirkt, müsse zunächst Europa organisiert werden. Der Verzicht auf den Anschluß müsse in allererster Linie die Bedingung für das neue Opfer sein, das Frankreich in der historischen Nacht der Kamerunigung vom Sonnabend vergangener Woche gebracht habe."

Dr. Sthamer †

Der frühere deutsche Botschafter in London, Senator a. D. Dr. Sthamer, ist in der vergangenen Nacht in Hamburg im 75. Lebensjahr einem Herzschlag erlegen.

Friedrich Sthamer war als Sohn einer alten Hamburger Patrizierfamilie am 24. November 1854 auf seinem väterlichen Gut bei Lauenburg geboren und begann seine Laufbahn als Rechtsanwalt in Hamburg. Im Jahre 1901 wurde er Mitglied der Bürgerschaft und bereits drei Jahre später Senator. Im Senat führte er jahrelang den Vorsitz über die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe und vertrat dann Hamburg als Bundesratsvollmächtiger in Berlin.

Im Kriege, während dessen er selbst drei Söhne verlor, versch. Dr. Sthamer das Amt des Zivilgouverneurs von Antwerpen und später das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft; nach dem Kriege war er erster Bürgermeister Hamburgs für das Jahr 1920, übernahm aber bereits im Januar des gleichen Jahres zunächst als Geschäftsführer und vom 27. August 1920 ab als Wirtschaftler die diplomatische Vertretung des Reiches in London. Von diesem Zeitpunkt ab bis zu seinem Rücktritt am 1. Oktober 1930 hat er in steter, stiller und planmäßiger Arbeit Amtsvorständliches für die deutsch-englischen Beziehungen getan. Das Londoner Abkommen, die Unterzeichnung des Locarnoertrages und die zehnjährige Wiederkehr seines Londoner Amtsantritts boten Gelegenheit zur Anerkennung seines verdienstvollen Werks von englischer wie von deutscher Seite. Die deutsche Nachkriegsdiplomatie verlor in Dr. Sthamer eine ihrer wertvollsten und markantesten Persönlichkeiten.

Der Reichskanzler hat der Gattin des verstorbenen Botschafters Sthamer zugleich im Namen der Reichsregierung in einem Telegramm innigste Teilnahme ausgedrückt.

Zwei Badende in der Ostsee ertrunken

Königsberg, 29. Juni. In Neuhäuser an der westlichen Samlandküste forderte das schwere Wetter des Sonntags zwei Tote. Ein Königsberger Verein badete dort in der sehr stürmischen See. Dabei gerieten acht Personen in Lebensgefahr. Es wurde eine sogenannte Kette gebildet, und es gelang, sechs von ihnen in Lebensgefahr befindlichen Personen zu retten, während zwei den Tod fanden. Es handelt sich um einen Dr. Vollmann von der Königsberger Blindenlehranstalt und einen Freizeitgehilfen aus Königsberg.



Reichskanzler Brüning auf dem Sonnabend.

Von rechts nach links: Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsbankpräsident Dr. Luther, Reichsminister Trebitsch und der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hält am Sonnabend in Berlin unter dem Vorsitz seines neuen Präsidenten Dr. Solmsen seine diesjährige Hauptversammlung ab, in der Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsbankpräsident Dr. Luther in programmativen Ausführungen zu der wirtschaftlichen Lage Stellung nahmen.

Gärung unter der Beamenschaft Einschneidende Durchführung der Sparmaßnahmen

(Teleg. unseres Warschauer Berichterstatters.)

■ Warschau, 1. Juli. Die im Zusammenhang mit der Durchführung der Sparmaßnahmen der Regierung stehenden Entlassungen von Beamten nehmen einen immer größeren Umfang an. Gestern, am letzten Tage des Monats, wurde in allen Ministerien und staatlichen Ämtern eine große Anzahl von konsolidiert angestellten Beamten gekündigt; eine Reihe von etatsmäßigen Beamten wurde in den Ruhestand versetzt. Außerdem wurde noch solchen gekündigt, die bereits das Recht auf Altersversicherung besitzen oder zwei Stellungen ausfüllen. Auch allen verheirateten Frauen, deren Männer einen Beruf ausüben, wurde gekündigt. Ferner wurden in den Ruhestand versetzt die disziplinarisch und gerichtlich bestraften Beamten. Alle diese Kündigungen stehen im engsten Zusammenhang mit der Sparaktion der Regierung und laufen parallel mit den Bemühungen um eine Verbesserung der Verwaltung oder um Aufhebung von gleichartigen oder überflüssigen Ämtern und Posten. Die Zahl der entlassenen Beamten ist nicht genau bekannt, beläuft sich jedoch in einigen Ämtern auf 10 Prozent der Beamten.

Der Finanzminister hat ein Dekret unterschrieben, durch das 1400 Beamte und unter Angestellte des Finanzministeriums und der Finanzkammern entlassen werden. Im Zusammenhang mit diesen Entlassungen und der ständigen Unsicherheit für jeden einzelnen Beamten ist die Erregung unter der Beamenschaft in den letzten Tagen sehr stark gewachsen. Bereits auf der am Sonntag stattgehabten Versammlung der staatlichen Angestellten kam es, wie wir bereits berichteten, zu einigen erregten Szenen, und ein Teil der Teilnehmer forderte ununterbrochen zur Proklamierung eines Staats der staatlichen Angestellten auf und versuchte am Schlus der Zusammenkunft eine Streikdemonstration zu organisieren. Nur dem energischen Einschreiten der Polizei zu Fuß und zu Pferde gelang es, eine solche Demonstration zu verhindern. Gestern fand in Warschau eine Versammlung der Postbeamten statt, auf der es zu ähnlichen Szenen kam. Der Vorsitzende der Versammlung hielt zunächst eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß alle Verbände der Post beschlossen hätten, eine gemeinsame Aktion im Interesse der Beamten gegen die Gehaltsabschaltung zu unternehmen. Nur dem energischen Einschreiten der Polizei zu Fuß und zu Pferde gelang es, eine solche Demonstration zu verhindern. Gestern fand in Warschau eine Versammlung der Postbeamten statt, auf der es zu ähnlichen Szenen kam. Der Vorsitzende der Versammlung hielt zunächst eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß alle Verbände der Post beschlossen hätten, eine gemeinsame Aktion im Interesse der Beamten gegen die Gehaltsabschaltung zu unternehmen. Nur dem energischen Einschreiten der Polizei zu Fuß und zu Pferde gelang es, eine solche Demonstration zu verhindern.

Die Sparmaßnahmen werden, wie gestern offiziell mitgeteilt wurde, nicht nur das Staatsbudget betreffen, sondern sich auch auf alle anderen Gebiete des öffentlichen Lebens erstrecken. Es sollen vor allen Dingen auch die Budgets der Kommunalverbände gekürzt und der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung angepaßt werden. Vor allen Dingen soll auch hier sachliche Ausgaben und Investitionen gespart werden. Man will auch hierbei die Bevölkerung vor der weiteren Errichtung solcher Abgaben bewahren, die im Zeichen einer besseren Konjunktur ihr auferlegt wurde. Auch an die Verwaltung aller staatlichen Unternehmen und Monopole sind Aufträge ergangen, Streichungen und Einführung vorzunehmen, um auf diese Weise die Zusätze des Staates an diese Unternehmen zu verringern.

Im Zusammenhang mit der Sparaktion hat das Verkehrsministerium nun mehr entsprechend dem Beschuß, der auf der kürzlich stattgehabten Konferenz des Verkehrsministers mit den Direktoren der Eisenbahndirektionen gefaßt wurde, ein Rundschreiben erlassen, in dem die einzelnen Direktionen zur Einstellung von wenigen in Anspruch genommenen Zügen aufgefordert werden. Als Ergebnis dieser Aktion werden mit dem 15. Juli in einzelnen Direktionen zahlreiche lokale Personenzüge eingestellt, wodurch insgesamt 2 500 000 Eisenbahnkilometer an Fahrten gespart werden. Das soll dem Budget des Verkehrsministeriums eine Ersparnis von 20 Millionen einbringen. Eine weitere Reduktion der Eisenbahnzüge wird zum 1. Oktober erfolgen.

Kriegsgerichtsurteil gegen den Kommandanten der „Poseidon“

London, 1. Juli. (R.) Das Kriegsgericht in Bahrain hat gegen den Kommandanten des englischen Unterseeboots „Poseidon“ ein Verfahren eingeleitet und ihn wegen leichtsinniger Führung des Schiffes seines Kommandos mit schwerem Tadel entthoben.

Bekanntlich wurde das Unterseeboot „Poseidon“ Anfang Jan. von dem chinesischen Küstendampfer „Zota“ gerammt und ging unter. Alle Hebungsvorläufe blieben erfolglos. 18 Mann der Besatzung sind Opfer der Katastrophe geworden.

Die letzten Telegramme

Die Nordlandsfahrt

des „Graf Zeppelin“

Scheveningen, 1. Juli. (R.) Nach einem vom (M.G.) „Graf Zeppelin“ hier gegen 14 Uhr früh bisher bei schönem Wetter eine gleichmäßige Fahrt gehabt, die in 26 Stunden den Rhein abwärts über Rotterdam, die Ostküste Englands, Scapa Flow, über die Färöer zur Ostküste Islands, wo die Nacht gegenwärtig nur eine Viertelstunde dauert, führt. Über Reykjavik Passagiere sind begeistert.

In neun Tagen um die Erde

New York, 1. Juli. (R.) Die beiden amerikanischen Flieger Post und Gattin sind um 6.30 Uhr abends (New Yorker Standard-Zeit) in Edmonton (Kanada) gelandet.

Dachstuhlbrand in Schöneberg

Berlin, 1. Juli. (R.) Kurz nach 19 Uhr brach in der Gugelstraße 7 in Schöneberg ein schwerer Dachstuhlbrand aus. 4 Züge bekämpften den Brand, der bei Eintreffen der Feuerwehr schon eine enorme Ausbreitung erfahren hatte. Über

Überschreiten und am Freitag vormittag in Warschau eintreffen wird. Mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand wird Paderewski in Warschau nur einige Stunden verweilen und hat darum gebeten, Feierlichkeiten ihm zu Ehren, lediglich auf ein Frühstück beim Staatspräsidenten zu beschränken. Ihm wird von Professoren der Warschauer Universität das Ehrendoktorat überreicht werden. Abends wird sich Paderewski sofort nach Posen weiter begeben, um dort an den Feierlichkeiten teilzunehmen.

Allgemeiner Autotagstreit in Warschau

■ Warschau, 1. Juli. (Eig. Tel.)

Heute nacht um 12 Uhr ist der Autotag- und Autobusstreit in Warschau Tatsache geworden. Es sind gegenwärtig auf den Straßen keine Taxis mehr im Verkehr. Ein Teil der Autobusse, und zwar solche, deren Inhaber unbemittelte Leute sind, verkehren auf den Landstraßen des Bezirkes Warschau weiter, in der Hoffnung, durch den Streik etwas mehr zu verdienen und dabei die Steuer entrichten zu können. Die gesamte Presse fordert schnellstes Einschreiten der Regierung und möglichst baldige Liquidierung des unhaltbaren gegenwärtigen Zustandes.

Umfangreiche Kommunistenverhaftungen in Warschau

■ Warschau, 1. Juli. (Eig. Tel.)

Im Zusammenhang mit dem am Sonnabend in Warschau stattgehabten Terrorakt, bei dem ein Arbeiter von Mitgliedern einer geheimen kommunistischen Zugangscommission auf offener Straße ermordet wurde, ist die Warschauer Polizei zu umfangreichen Verhaftungen an unter den bedeutendsten Kommunisten in Warschau geschritten. Die Verhaftungen dauerten den ganzen gestrigen Tag an, man nahm insgesamt etwa 100 Personen fest.

Der Evangelische Kirchenvertrag unterzeichnet

Berlin, 29. Juni. Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: Im Preußischen Staatsministerium sind am 29. Juni die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrage Preußens mit den Evangelischen Landeskirchen zwischen Dr. Winkler und dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ausgetauscht worden. An dem Austausch nahmen die preußischen Minister Hirtzler, Dr. Steiger, Dr. Höpker-Wisseloff, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt sowie die gesetzlichen Vertreter der evangelischen Landeskirche teil.

Wie das vdZ-Büro erfährt, wies Ministerpräsident Dr. Braun bei der Unterzeichnung des Evangelischen Kirchenvertrages in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß der Vertrag, nachdem er alle gesetzlich zuständigen preußischen Stellen passiert habe, am 27. Juni in der preußischen Gesetzessammlung veröffentlicht worden sei und mit diesem Tage Gesetzeskraft erlangt habe. Alle gesetzgebenden Faktoren hätten hiermit dem Vertrag zugestimmt.

Der Ministerpräsident dankte namens der Staatsregierung allen, die am Zustandekommen des Kirchenvertrages mitgearbeitet haben und erklärte, dieser Vertrag werde eine neue Ära in der Geschichte der evangelischen Kirche Preußens eröffnen. Es sei geplant, im Rahmen der Bestimmungen der Reichsverfassung die berechtigten Interessen des Staates und der Kirche unter gegenseitiger Verständnis und Würdigung ihrer Aufgaben im Staatsleben zu einem gerechten Ausgleich zu bringen, der zugleich den Geist eines verständnisvollen friedlichen Zusammensetzens zum beseitigen Wohl enthalte. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Vertragsausführungen sich stets von diesem Geiste leiten lassen mögen.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach für die evangelischen Kirchen Dr. Winkler.

Deutsches Reich Selbstmord zweier Lehrerinnen

Kassel, 29. Juni.

Heute vormittag fand man zwei bekannte Kasseler Lehrerinnen in ihren Wohnungen tot auf. In beiden Fällen ist der Tod durch Vergiftung mit Leuchtgas eingetreten. Ob eine Verabredung vorliegt, konnte vor der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt werden. Ebenso sind bis zur Stunde noch keine Angaben über die Beweggründe zu machen.

Ein Vater erschlägt seine vier Kinder

Neumarkt (Oberpfalz), 29. Juni.

Der verwitwete 31jährige Maurer Michael Stiegler in Pollanten kam in der Nacht zum Montag früh gegen 1 Uhr betrunken nach Hause und verließ seine Wohnung früh gegen 6 Uhr. Am Montagmorgen wurde die furchtbare Entdeckung gemacht, daß Stiegler in dieser Zeit seine vier schlafenden Kinder im Alter von acht, neun, zehn und 16 Jahren mit einer Art erschlagen hat. Der Täter ist flüchtig.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Berantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jusch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Kreisen: Erich Reich. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die Illustrationen: Beilage: "Die Zeit im Bild": Alexander Jusch. Für den Auszugs- und Namensteil: Hans Schwabkopf. Verlag: Posener Tageblatt. Druck: Concordia Sp. Akc. Gültig in Polen. Bilderdruckerei.

Hemogen Klawe wird viel nachgeahmt, jedoch nur das Original mit der Firma

KLAWE heißt

Schwäche, Erschöpfung u. Nervosität.



SPECTROL nicht feuergefährlich

Getreidemäher Deutsche-Werke,
Glocken- u. Bügel-Göpel eig. Fabrikat,
Breitdreschmaschinen, Schlagleisten,
Dreschmaschinen, Stiftdrescher, Putz-
mühlen, Kartoffelgräber, „Stern“ Drill-
maschinen, Pferderechen
gebe unter günstigen Bedingungen ab
G. SCHERFKE, Maschinenfabrik,
Poznań

Posener Handwerker Verein gegr. 1862

Am Donnerstag, d. 2. d. mis.,
abends 8½ Uhr
**Mitglieder-
Versammlung**
in der Grabenloge.
Bahlreiches Erscheinen der Mitglieder
erwünscht.
Der Vorstand.

Drainröhren

von 1½ bis 10" in bekannter, guter
Qualität liefert zu billigsten Preisen
M. Perkiewicz, Zakłady Ceramiczne
Ludwikowo p. Mosina.

Habe günstig abzugeben: Dresch-Lokomobile:

Rannsomes 1906 — 7 Atm. 18,931 Heizf.
Rannsomes 1900 — 7 Atm. 15,24
Rannsomes 1908 — 7 Atm. 5,876
Güttler 1909 — 8 Atm. 19,800
Lanz 1899 — 6 Atm. 8,2
Cegielski 1903 — 7 Atm. 11,6

Dampfdreschmaschinen:
Lanz Mamut 66" mit Selbsteinleger
Lanz Kugellager 58" mit Selbsteinleger
Rannsomes 60"
Fried Köhler leichte 60" fast neu
Strohbinden, Schuhmacher — Strohelevator 4 rädrig.
Die Maschinen sind auf Wunsch bei mir im Be-
trieb zu besichtigen.

G. Scherfke, Maschinenfabr., Poznań.

Überschriftswort (seit) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 "
Offerengebühr für hifsierte Anzeigen 50 "

Zimmer
gut möbl., elektrisch. Licht
35 zl monat. Ww. Mani-
kowska Dolna-Wilda 79.

Zimmerwohnung
2 Etage, mit allem Neben-
geloß, wie Bad- u. Mädchens-
zimmer, Speisekammer, ver-
1 Juli abzugeben. Näheres
bei Polskie Biuro Sprzed.
Szkt. Małe Garbarz 7a.
Tel. 2863.

Zimmer
sonnig, gut möbl., zu verm.
Poznań, Prusa 21, III Tr.

Zimmer
besser möbl., für 14 Tage
sofort gesucht. Off. m. Preis-
ang. u. 1458 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Ganz außer Gefahr



Dr. Oetker's
Einmache-Hülfe

(Eigentümliche Varietäten:
Reine Benzoesäure)

Der Inhalt dieses Päckchens reicht um
Mindestens 10 Pfund Früchte, wie z.B. Apfeln,
Pflaumen, Orangen, Mandarinen, Feigen,
Orangen und Zitronen, durch Schmelzen und
Verdunsten das Verderben durch Schimmel und
Gärung ist ausgeschlossen, wenn Sie

Ihr Eingemachtes
denn ein Verderben durch Schimmel oder
Gärung ist ausgeschlossen, wenn Sie

Dr. Oetker's
Einmache-Hülfe

gebrauchen. Es ist das einfachste, billigste
und trotzdem ausgezeichnete Verfahren.
1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe
genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte,
Obst, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. halbzeit zu machen.

Gebrauchsweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.
Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie kostenlos in den einschlägigen
Geschäften. Verlangen Sie ebendaselbst die beliebten Oetker-Rezeptbücher,
wenn vergriffen, portofrei von

Dr. A. Oetker, Danzig-Oliva

Das Geheimnis
des sicheren Erfolges
bei der
Weinbereitung ist

Kitzinger Reinzuehthefe

Nyka & Posłuszny Poznań Wrocławska 33/34

Burgunderweine

Eegl. Mädchen vom
Lande mit Nähernutzen
sucht Stellung als **Stütze**.
Off. u. w. 1462 an die
Gesch. d. Ztg. Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Habe billig abzugeben!
gebr. Gras-, Getreidemäher
" Breitdreschmaschinen
" Schuhwender
" Drospresso

G. Scherfke
Maschinenfabrik
Poznań

3 weimal
wöchentlich verkauft auf
Versteigerungsweg Kompl.
Zimmereinrichtungen, Kla-
viere, Näh- und Schreib-
maschinen, antik Möbel,
Bilder, Kleider, Schuh-
waren, sowie andere ver-
schiedene Waren u. Möbel.
Auktionsstall geöffnet tägl.
von 8—18 Uhr.

Brunon Trzeczak,
vereidet. u. öffentl. angestellt.
Taxator und Auktionator,
ul. Wroniecka 4. Tel. 2126 u. 3175.

Suche per sofort

Bachtung

von 700—900 Morg. Gesl.
Mitteil. erbeten u. 1451
u. d. Geschäftsst. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Verpachtung.

Berg. ob. verl. zum 1. Oktob.
meine in Neuendorf Land-
berg a/W. geleg. 182 M. groß.
Landwirtschaft, zum Teil 2.
u. 3. Kl. Bod. Off. u. 1424
an die Geschäftsst. der Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Komfortable
3-Zimmer-Wohnung sofort
vom Hauswirt vermietbar.
Neubauten Warsaw. Off.
u. 1464 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
mit Beförderung sofort zu
vermieten. Waly Zygm.
Starog. 6 II. links.

Büro und Lager.
Ich suche 1 größeren oder
2 kleinere Räume in der
Oberstadt (auch im Hofe)
Walter Lesser,
Fahrradteile - Großhandl.,
Poznań, Pölwieska 27.

**Englisch und
Französisch**
erteilt M. Dolgow,
Kreja 24, II. Stock hints.
Anmeld. 6—8 Uhr abends.

Nähe
sehr billig. Off. u. 1442
an die Geschäftsst. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Haustochter
oder Kinderkrüpplein
18 J. alt. aus besserem
Hause, mit guter Nährkunst.
u. höh. Schulbg. sucht Stellg.
Off. u. 1449 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Lehrstelle
suche f. mein. Sohn 19 Jahre
alt. welcher Lust hat das
Moltereichsfach zu erlernen,
Qualitätsmehle, sowie in
Montage erfahren wird
von mittlerer Handelsmühle
und ist der poln. Sprache
in Wort u. Schrift mächtig.
Off. u. 1443 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Obermüller
arbeitstreudig, energisch,
in der Herstellung feinstcr
Qualitätsmehle, sowie in
Montage erfahren wird
von mittlerer Handelsmühle
und ist der poln. Sprache
in Wort u. Schrift mächtig.
Off. u. 1447 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.



Kurz die Arbeit,
Lang die Ruh,
Putzt mit ERDAL
Du die Schuh.

Erdal
für die
Schuhpflege.

Original Krupp Getreidemähmaschinen

allerneueste Konstruktion
aus der Gußstahlfabrik Friedr. Krupp,
Essen, offeriert als Alleinverkäufer
für Poznań.

Woldemar Günter

Landmaschinen
Poznań Telefon Nr. 52-25
Sew. Mielżyński 6.

Wir suchen von sofort oder später einen jungen
Mann mit guter Schulbildung, nicht unter 18 Jahren,
welcher Lust hat das
Bildung zugesichert. Näheres schriftlich.
Meldungen erbeten Molkereigenossenschaft Krotozyń.

I. Schwimm-Verein Poznań

gegründet 1910

Strand- und Kinderfest

Sonntag, d. 5. Juli, nachm. 3½ Uhr in der Schwimmanstalt
P.T.P. Poznań-Rataje Fabrik „Herolda“ (Autobushalt)

Alle Mitglieder nebst w. Angehörigen sowie Freunde
sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Illumination der Schwimmanstalt.

Grosse Kinderpolonaise mit Ueberraschungen.

Kabarett

„Trocadero“
pl. Nowomiejski 10a
Am 1. Juli 1931 Eröffnung des
KABARETT

Außergewöhnliche Attraktionen! Zum ersten Male in Poznań!

Maderska

exzentrische Tänze

Lili Wegrzyn

die bekannte Sängerin
im neuesten Repertoire

Warin and Mira

das berühmte Duett, Grotesktänze d. weltberühmte Tanzduett

Erstklassige Getränke.

Mirri et Joli

Mäßige Preise.

Inh.: W. Dziennik.

Klavierunterricht

auch Englisch u. Französisch
erteilt Neumann Fredy 12

Eintagsküken

weiß. Leghorn 1,25zl

Bruteier

weiß. Leghorn 35 gr verkauf
Dwór Pisarowice
poczt. Makoszysko
pow. Kępno.

Felgen u. Speichen

(Rotbuche) (beste Steineiche)

ebenso Bügelfelgen für Kutschwagen aller
Stärken, alles erstklassige trockene Ware

liefert

E. THORENZ, Pogorzela, Tel. 15.

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.

Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen
Vorweisung des Offertenheines ausgefolgt.

Günstige Gelegenheitskäufe

vermittelt schnell und billig die „KLEIN-ANZEIGE“
im Posener Tageblatt.

Überschriftswort (seit) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 "
Offerengebühr für hifsierte Anzeigen 50 "

Zimmer
gut möbl., elektrisch. Licht
35 zl monat. Ww. Mani-
kowska Dolna-Wilda 79.

Zimmerwohnung
2 Etage, mit allem Neben-
geloß, wie Bade- u. Mädchens-
zimmer, Speisekammer, ver-
1 Juli abzugeben. Näheres
bei Polskie Biuro Sprzed.
Szkt. Małe Garbarz 7a.
Tel. 2863.

Zimmer
sonnig, gut möbl., zu verm.
Poznań, Prusa 21, III Tr.

Zimmer
besser möbl., für 14 Tage
sofort gesucht. Off. m. Preis-
ang. u. 1458 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Büro und Lager.
Ich suche 1 größeren oder
2 kleinere Räume in der
Oberstadt (auch im Hofe)
Walter Lesser,
Fahrradteile - Großhandl.,
Poznań, Pölwieska 27.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.
1450 a. d. Gesch. d. Ztg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
gut möbl., sofort zu verm.
in ul. Zwierzyniecka. Off. u.<